

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1918**

99 (29.4.1918)



# Volksfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Preis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Posthalter monatl. 1,10 M, 1/2jähr. 5,30 M, zugestellt durch unsere Träger 1,20 bezw. 5,60 M; durch die Post 1,24 M bezw. 5,72 M; durch die Feldpost 1,25 M bezw. 5,60 M, vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7-8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die bspw. Anzeigenliste od. deren Inhalt 20 g. Die Anzeigen werden gegen Bezahlung angenommen. Bei Wiederholungen entfällt Rabatt. Schluß d. Annahme 29. April 1918. Aufträge nachm. zugew. — Druck u. Verlag: Eduard Neudorfer & Co., Karlsruhe.

### Der 30. April.

Einer der wichtigsten Tage in der Geschichte Deutschlands wird der 30. April werden, an dem das preussische Abgeordnetenhaus in zweiter Lesung über die Wahlrechtsvorlage der Regierung zu entscheiden hat. Wie ist eine Entscheidung unsicherer gewesen als diese. Denn wenn auch von Kennern der Parteiverhältnisse die genauesten Berechnungen angestellt worden sind, es bleiben doch noch unbestimmte Größen, die das Ergebnis unlosbar machen. Nicht nur die Abstimmung einiger Nationalliberaler und Zentrumsgesandten ist noch zweifelhaft, viel ungewisser ist, in welcher Stärke die unbedingten Gegner des gleichen Wahlrechts zur Abstimmung antreten werden. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß eine unbestimmte Zahl von Abgeordneten der Rechten es zwar nicht über das Herz bringen wird, für das gleiche Wahlrecht zu stimmen, daß sie aber einem Konflikt dadurch auszuweichen versuchen wird, daß sie der Abstimmung fernbleibt.

Diese Aussicht für die Annahme der Regierungsvorlage wirkt natürlich in dem Maße, als gewiß wird, daß die Regierung die Ablehnung des gleichen Wahlrechts in der zweiten Lesung sofort mit der Auflösung des Hauses zu beantworten entschlossen ist. Nach früheren Regierungserklärungen sollte man eigentlich gar nicht daran zweifeln, daß die Entscheidung besteht. Neuerdings haben aber wahlrechtsgegnerische Blätter mit der Meiene von Bestreuernden erklärt, die Regierung werde die Ablehnung ihrer Vorlage wenigstens zunächst ruhig hinnehmen, es sei in dieser Beziehung gar nichts zu fürchten. Jede Unklarheit in diesem Punkte kann verhängnisvoll werden, und so ist zu erwarten, daß die Regierung vor der Abstimmung noch einmal das Wort nimmt, um das Dreifelhens über den Ernst ihrer Absichten nicht im Zweifel zu lassen.

Das Unterlassen der Auflösung müßte zu einer schweren Krise führen. Wie der Vizekanzler von Pappe, der Vizepräsident des Staatsministeriums Friedberg und der Minister des Innern Drenns in diesem Falle anständigweise im Amt bleiben können, ist nicht einzusehen. Auch der Reichskanzler selbst läte am besten, schleunigst seinen Abschied zu nehmen, wenn er sich nicht die Kraft zutraut, das Versprechen des Königs einzulösen. Schon darum müßte man glauben, daß die Regierung energisch vorwärts gehen werde, weil es für sie ein Zurück nicht mehr geben kann.

Zwei Tage vor der Entscheidung findet in Berlin der nationalliberale Preuentag statt. Nach allem, was man bisher von seinen Delegiertenwahlen gehört hat, ist von ihm ein erdrückender Mehrheitsbeschluß, wenn nicht ein einstimmiger Beschluß zugunsten des gleichen Wahlrechts zu erwarten. Das bedeutet einen großen Schritt weiter zur Spaltung der nationalliberalen Partei, da der konservativere rechte Flügel entschlossen ist, sich auf keinen Fall dem Votum des Parteitag zu unterwerfen. Vielleicht vermag dieser Parteitag das Kräfteverhältnis in der nationalliberalen Partei um eine oder die andere Stimme zu verschieben, ändern kann er aber nichts an dem Zustand, daß ein Teil der Fraktion gegen den anderen stimmt, so daß die gegenseitigen Wirkungen sich ganz oder nahezu aufheben.

Weder gilt daselbe von der einstmaligen sozialdemokratischen Behnmanner-Fraktion. Die fünf, die ihr treu geblieben sind, werden für das gleiche Wahlrecht, wie es die Regierungsvorlage bringt, stimmen, obgleich auch sie die Mängel der Vorlage nicht verkennen. Was die fünf anderen, die sich jetzt Unabhängige nennen, machen werden, ist noch unbekannt. Ihr Berliner „Mittelungsblatt“ hat einen Artikel gebracht, aus dem man schließen muß, sie wollten die Regierungsvorlage als nicht weit genug gehend, ablehnen. Demgegenüber erklärt die „Leipziger Volkszeitung“, daß die Fraktion in dieser Angelegenheit noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt habe.

So ist die Hoffnung noch immer erlaubt, daß die Unabhängigen vor einer politischen Dummheit zurückzureden werden, die ungeheures Unheil bringen könnte, sicher aber ihren eigenen Selbstmord bedeuten würde. Stimmen aber die Unabhängigen wirklich gegen das gleiche Wahlrecht, so bleibt alle „prinzipielle Begründung“ leeres Gekwätz, dann haben sie gegen die Interessen des arbeitenden Volkes und für die Reaktion gearbeitet, als ob sie von dieser bezahlt wären. Wenn sie es ansonst machen wollten, woran ist ernstlich niemand zweifelhaft, so wäre das nur ein weiterer Beweis für die Unheilbarkeit ihrer politischen Geistesverwirrung.

Wie immer es nun kommen mag, schlimm genug, daß solche Zweifel und Besorgnisse überhaupt aufstehen können. Ist es nicht ein Skandal? Da haben es die Arbeiter mit Mühe und Not so weit gebracht, daß in einem durch und durch arbeitervindlichen Parlament 10 ihrer Vertreter sitzen und diese 10 können sich nicht miteinander vertragen, haben es verlernt, miteinander gemeinsam zu handeln! Die entscheidende Stunde des Wahlrechtskampfes findet die ehemalige sozialdemokratische Fraktion in zwei gleiche Teile gespalten — fünf gegen fünf! — und dieser Frosch-Wäuerkrieg wird im entscheidenden Augenblick, als ob nichts geschehen wäre, weitergeführt. So wird der 30. April, selbst wenn sonst noch alles gut geht, den Arbeitern eine ernüchternde Lehre bringen, denn eine Wiederholung einer derartigen Situation wird niemand wünschen. Es gibt schließlich nur zwei Wege: entweder radikale Einigung oder

die Unabhängigen müssen so klein gemacht werden, daß ihre Torheit keinen weiteren Schaden anzustellen imstande ist. Auf alle Fälle bringt die Entscheidung des 30. April eine neue politische Situation. Die gesamte innere Politik des Reichs wird durch sie auf das tiefste beeinflusst. Entweder wird am 30. April das gleiche Recht für Preußen sichergestellt, oder wir stehen vor den alleräußersten politischen Kämpfen. Ob es der Regierung mit dem gleichen Wahlrecht ernst ist, muß sich noch zeigen, daß es der Sozialdemokratie darum ernst ist, darüber darf gar kein Zweifel geäußert sein, danach wird die Partei ihr ganzes politisches Verhalten einzurichten haben.

### Die Nationalliberalen und das preussische Wahlrecht.

Berlin, 28. April. Der Vertretertag der preussischen Nationalliberalen hat in seiner heutigen Sitzung nach einem Referat des früheren Abgeordneten, jetzigen preussischen Ministerialdirektors Schiffer, an das sich eine lange lebhaft diskutierte Diskussion angeschlossen, mit 419 gegen 127 Stimmen beschlossen:

„Der Vertretertag erachtet die Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen, wie es die Regierungsvorlage verlangt, als eine ernste Notwendigkeit und erwartet, daß die nationalliberalen Abgeordneten im preussischen Abgeordnetenhaus der Regierungsvorlage des gleichen Wahlrechts zustimmen. Der Vertretertag lehnt jede Verantwortung dafür ab, wenn durch die Abstimmung dieser Abgeordneten das gleiche Wahlrecht zu Fall kommen sollte.“

Der Führer der Nationalliberalen im preussischen Abgeordnetenhaus, der Abg. Dr. Lohmann, der auch zugleich der Führer derjenigen Nationalliberalen ist, die sich der Einführung des gleichen Wahlrechts widersetzen, erklärte, daß er wie seine Freunde sich durch diese Resolution nicht beirren lassen würden. Er hatte seinerseits eine abschwächende Resolution eingebracht, von der er die Annahme erhofft, von der er aber sofort erklärte, daß er, trotzdem es seine eigene Resolution sei, nicht dafür stimmen werde.

### Der Reichskanzler über das gleiche Wahlrecht.

Berlin, 28. April. Der Reichskanzler hat sich der „B. Z.“ zufolge beim geistigen Empfang von Arbeitervertre-

tern auch zur Wahlrechtsfrage geäußert. Die „B. Z.“ hat mitgeteilt, daß er, betont Graf Hertling, daß er mit der preussischen Wahlreform stehe und falle. Der einzige Grund, den er noch habe sich der Kaiser ihm gegenüber launig geäußert, daß er nach wie vor unbedingt auf dem Boden der Regierungsvorlage stehe. Anders lautende Gerüchte seien durchaus unzutreffend.

### Vertreter der Gewerkschaften beim Reichskanzler.

WTB. Berlin, 27. April. (Nicht amtlich.) Die „Arb. Wg. Ztg.“ schreibt: Der Reichskanzler hat entsprechend einer schon lange gehegten Absicht heute eine Anzahl Vertreter der Arbeitergewerkschaften aller Richtungen im Beisein des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes empfangen, um ihnen Gelegenheit zu einer Aussprache über die die deutsche Arbeiterschaft betreffende Frage zu geben. Es waren vertreten: Die christlichen Gewerkschaften, die polnische Berufsvereinigung, die wirtschaftlich friedliche, nationale Arbeiterbewegung, der Verband der katholischen Arbeitervereine, die freien Gewerkschaften und die deutschen Gewerkschaftsvereine.

Wie die „B. Z.“ weiter erzählt, hat der Reichskanzler die Arbeiterführer gestern vormittag 11 Uhr in der Reichskanzler empfangen. Die Arbeiterführer wiesen sämtlich darauf hin, daß die Gefahr eines großen Streiks nicht bestehe und daß die Arbeiterschaft durchhalten werde. Im Zusammenhang damit ging die Unterhaltung mit dem Reichskanzler auf die schwebenden innerpolitischen Fragen ein. Die Arbeiterführer betonten, es würde sehr bedenklich sein, wenn die Wahlrechtsvorlage im preussischen Landtag abgelehnt werden würde. Dann gab der Reichskanzler die oben mitgeteilte Erklärung ab. Der Reichskanzler fügte dieser Mitteilung hinzu, er gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Regierungsvorlage vom Landtag angenommen werden würde. Die Arbeiterführer betonten, die Lage sei außerordentlich wichtig, daß die Protration vorläufig nicht verkürzt werde. Man könne doch wohl hoffen, daß trotz aller Schwierigkeiten unsere Lebensmittelversorgung durch Transporte aus der Ukraine sich bessern werde. Im ganzen dauerte die Unterhaltung des Reichskanzlers mit den einzelnen empfangenen Gruppen etwa je 20 Minuten.

## Weitere Erfolge in Flandern.

### Die Festung Kars von den Türken genommen. 860 Geschütze erbeutet. Deutscher Tagesbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 28. April. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsjahresbericht.

Auf dem flandrischen Kampffeld war der Feind in rückwärtige Linien aus. Südlich von Langemarck ging er über den Steenbach östlich von Ypern in seine Stellungen von Herbst 1914, bei Jillebeke über diese hinaus zurück. In scharfem Nachdrängen zwangen wir den Feind vielfach zum Kampfe. Hierbei nahmen wir Belgier und mehrere Engländer gefangen. Wir erreichten die Linie südwestlich von Langemarck — Westufer des Steenbaches — Berlorenhoeke-Googe-Jillebeke-Doormeggele. Die im vergangenen Jahre schwer umkämpfte Doppelhöhe 60 ist in unserem Besitz.

Starke Artillerietätigkeit im Abschnitt des Kemmel. Nach Abwehr der französischen, am Abend des 26. April gegen den Westhang des Berges geführten Gegenangriffe ließ unsere Infanterie aus eigenem Entschluß den zurückgeschlagenen Feinde nach und ertränkte den Ort Locre.

Auf dem Nordufer der Lys stärksten feindliche Vorstöße. Hierbei nahmen wir ebenso wie bei einer erfolgreichen Unternehmung nordöstlich von Festubert Engländer gefangen. Bei Givenchy wurden starke englische Angriffe abgewiesen.

Auf dem Schlachtfeld zu beiden Seiten der Somme blieb die Gefechtsstätigkeit auf Erkundungen und zeitweilig auflebenden Artilleriekampf beschränkt. Am Sangardwalde brach ein feindlicher Teilangriff zusammen.

Osten. Finnland. General Graf von der Goltz hat Tawastehus nach Kampfgewonnen. Beim Einzug in die Stadt wurden unsere Truppen von der Bevölkerung begeistert begrüßt.

### Kars von den Türken genommen.

Konstantinopel, 27. März. (WTB. Nicht amtlich.) Anat. Heeresbericht. Palästinafront: Stellenweise Partisanengefächte. Ein feindliches Flugzeug wurde bei Nablus abgeschossen; der Beobachter ist tot, der Führer wurde verwundet gefangen genommen. — Kaukasusfront: Unsere Kämpfe um Kars führten zum Falle der Festung; 860 Geschütze verschiedener Kaliber sind erbeutet worden. Auf den übrigen Fronten nichts Besonderes. Ein kühner Vorstoß.

Berlin, 27. April. (WTB. Nicht amtlich.) Am Kanal von Solleheke ließ am 24. April ein auf Erkundung be-

stimmlicher Offizier mit einem Stoßtrupp östlich Dosthof über den Pier-Kanal nach Norden vor, sollte in kühnem Angriff nördlich des Kanals einen Teil der Stellung auf, nahm 120 Engländer gefangen und erbeutete 10 Maschinengewehre.

### Frankreich stirbt in der Hoffnung.

Bern, 28. April. (WTB. Nicht amtlich.) Zu den Eröffnungsitzungen der Generalräte Frankreichs haben verschiedene Minister Ansprachen gehalten. Finanzminister Clouet erklärte im Generalrat des Sommerparlamentes: Der Tag wird kommen, wo der Feind seine Attentate bezahlen und alles wieder herstellen muß. Der einzige Friede, den Frankreich annehmen kann, ist ein Friede, der das Recht wieder herstellt, die gewalttätig entrisenen Provinzen Frankreich wieder herausgibt und die Wiedergutmachung aller durch den Feind angerichteten Schäden sicherstellt. Frankreich wird Bürgschaften verlangen und fordern, daß künftig eine unüberwindliche Schranke gegen die Todesmächte errichtet wird. Solange der Feind noch den französischen Boden besetzt, ist ein Friede unmöglich, deshalb muß die Front vom Hinterlande durchgehalten werden. Justizminister Reil erklärte im Generalrat von Morbihan, man sei in der entscheidenden Phase des Krieges angekommen. Der Feind wird nicht durchkommen. Die Entente wird siegen, sofern man ruhig, geduldig und einig bleibe.

### Wiederbeginn der Friedensverhandlungen in Rumänien.

Bukarest, 28. April. (WTB. Nicht amtlich.) Staatssekretär Dr. v. Kuhlmann und der österreichisch-ungarische Minister des Innern Baron Burian sind mit Begleitung heute früh zu den Friedensverhandlungen in Bukarest eingetroffen.

### Der Kampf um den Kemmelberg.

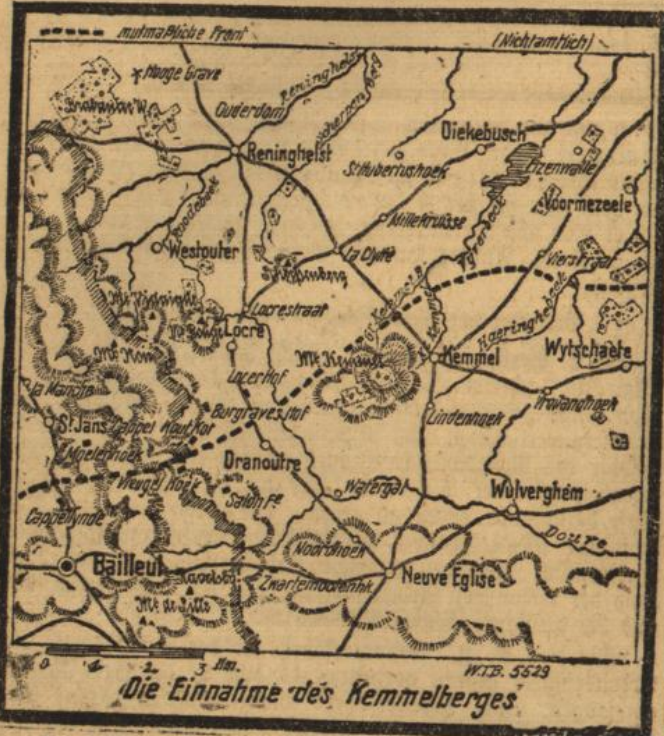
Berlin, 27. April. (WTB. Nicht amtlich.) Das Verhältnis zwischen Engländern und Franzosen ist infolge ihrer gemeinschaftlichen Niederlage am Kemmelberg noch gespannter geworden, als es vorher war. In allen Sammelagern bilden die englischen Offiziere getrennt untergebracht zu werden. Ein englischer Sergeant kam zu dem deutschen Lagerkommandanten mit der Bitte, Franzosen und Engländer zu trennen, da sonst Schlagen unvermeidlich seien. Die Zahl der bei der Eroberung des Kemmelberges gemachten Gefangenen ist auf weit über 6500 gestiegen. Unter ihnen befinden sich der Kommandeur des französischen Regiments 416 mit seinen drei Bataillonkommandeuren und der britische Kommandant der Kemmelbefestigungen, ein

Seite 11.  
Künstlerische Form der  
auszuschläge, An-  
schwellungen  
ebenfalls gegen  
Kinder. Im  
sbad  
spiele  
efon 3985.  
Film!  
ng  
keln  
3815  
rinnen.  
fäfer  
steller:  
Sika.  
ung 9-11 Uhr  
fer  
sse  
enstag  
stellt.  
en.  
erlin.  
der  
für  
a 5 Abteil.  
retär des  
3816  
de +  
hr, wenn sie meh-  
und ohne Geld.  
ie auch jeder Loge  
rtellbares  
band  
auch jedem Seiden-  
retreter ist an  
1 bis 2 Uhr in  
a Bahnhofs mit  
Gummis und  
sitzlagen, anwesen-  
tervorsitzenden,  
hlimpfe stehen zur  
gleichzeitig sitzen  
ift, Konstantin I.  
15.  
3297  
824  
lungen, Briefschrei-  
g wird nicht weiter  
nem Papier zuge-  
en abgeholt, Klein-  
28, abzuliefern.  
Co.  
Karlsruhe.  
Schmid hier, mit  
g von Offenbach  
e von Dürrenbach  
alt, Witwe von  
enzanz, alt 16  
äuflein.



Bionieroberst mit seinem Generalstabsoffizier, der jedoch seinen Abschnitt an die Franzosen übergeben hatte.

Berlin, 27. April. (W.Z. Nicht amtlich.) Der Verlust des Kessel-Massivs ist ein besonders schwerer Schlag für die Entente. Wiederholt hat von englischer Seite darauf hingewiesen worden, daß in dieser Gegend jeder verlorene Schritt Gelände von höchster Bedeutung sei. In der gleichen Erkenntnis hatte Marschall Haig einen ersten Tagesbefehl erlassen, keinen Fuß des Bodens aufzugeben. Auch war immer wieder, gleichfalls von britischer Seite, betont worden, daß Calais und Dünkirchen wichtiger seien als Paris. So wurden schließlich starke französische Kräfte aller Waffen in Flandern zusammengezogen. Es nützte nichts. Wie die Engländer bisher während der großen Offensive Tag für Tag französisches Gebiet räumen mußten, so konnten diesmal französische Divisionen die ihnen anvertraute Schlüsselstellung der Kesselhöhen nicht halten und verbluten sich jetzt gemeinsam mit den Briten in maßlosen Gegenangriffen.



Bern, 27. April. (W.Z. Nicht amtlich.) In Bemerkung der letzten Erfolge der Flandernschlacht spricht Stegemann im Berner 'Bund' die Ansicht aus, die Offensive werde den Feldzug bis zum Herbst bestimmen. Die Lage der Alliierten sei nicht gebessert, sondern durch den Verlust des Kesselberges weiterhin verschlechtert. Falls Oern, so breche die Verteidigung des Oernkanals zusammen. Damit schwände die Hoffnung, die flandrische U-Bootsbasis der Deutschen noch einmal aus der Platte anzugreifen und es falle den Deutschen in der Gestalt Neuports ein neuer Stützpunkt zu. Hoch bleibe nichts anderes übrig, als die Front allmählich über Yperinge und Furnes in Richtung auf Dünkirchen zurückzunehmen.

Berlin, 28. April. (W.Z. Nicht amtlich.) Nachdem am 26. April die Franzosen bei Sangar und in den neu von den Engländern übernommenen Frontabschnitten sich in fortgesetzten massierten Angriffen verblutet haben, ohne die neuen Linien zu durchbrechen zu können, war gestern die Gefechtsintensität erheblich ruhiger. Nur einmal raffte der erschöpfte und hart mitgenommene Feind sich zu einem Angriff auf, aber auch dieses Mal hatte er statt eines Erfolges nur neue Verluste. Das Scheitern seiner vorbestrittenen und gestrigen Angriffe, die trotz des Einsatzes der maroffanischen Division, erfolglos blieben, ist augenfällig. Die deutsche Linie ist unverändert. Zu neuem Kampfe bereit, harzt die Truppe des Befehles. Das Wetter war gestern freundlicher als während der letzten Gefechtsstage, trotzdem erreichte die Tätigkeit der feindlichen Artillerie gestern im allgemeinen nicht die vorgelegte Stärke. Die Nachricht von der Einnahme des Kesselberges, den auch mancher harte erprobte Kämpfer an der jetzigen Sommerfront aus eigener Anschauung von früher kennt, hat Freude und Gemütsruhe bei den deutschen Truppen ausgelöst.

Kriegerische Abenteuer eines Friedfertigen.

Eine Erzählung von Heinrich Zschokke.

(Fortsetzung.)

Reise nach Magdeburg.

Am 15. Oktober fuhr ich vergnügt, wie ein Gott, zum Brandenburger Tor hinaus; meine Botation und die Siegeslieder in der Tasche. In Potsdam mußte ich einiger Geschäfte willen übernachten. Abends ging ich hinaus nach Sanssouci. Im Garten und auf der klassischen Stelle, wo einst die siebenjährige Friederike mir ewige Liebe schwor, erneuerte ich nach neun Jahren mein heiliges Gelübde. Dann schrie ich der Teuren bis tief in die Nacht eine Klade von meinen Hoffnungen und Träumen; schilderte die Seligkeit meines künftigen häuslichen Lebens in der Pfarrwohnung, fern vom Getöse der großen Welt.

Du und ich, Friederike, was bedürfen wir mehr, um den ganzen Himmel auf die Erde niederzuziehen? Unsere Hütte, unser Gärtchen wird für uns der schönste Teil von Gottes Schöpfungen heißen. Unbenedeidet von andern, werden wir selbst Engel nicht beneiden.

Unter den Melodien des letzten Nuntius von Sals ent schlummerte ich — meine Träume waren nur buntere, glänzendere Fortsetzungen des Wachens. Früh gieng den andern Tag auf den Weg. Ich war mein eigener Richter, und das Ross gar fromm und brav. Unterwegs pflog ich vorübergehend im Geist Gespräche, die ich in Magdeburg mit dem Grafen halten wollte, um mich ihm von der glänzendsten Seite zu zeigen, oder mit Friederiken, wenn ich sie im Pfarrhause herumführen würde, und sagen könnte: sieh, Engel, dies ist dein Königreich. Zur Abwechslung hielt ich im Geist auch wohl meine Antrittspredigt in der Kirche, vor allem versammelten Volk, das in mir seinen Seelenhirten erhte, und vor der anwesenden hohen Herrschaft. Ich sprach sehr rührend; kein Auge in der Gemeinde blieb trocken. Man betete mich fast an. Meine Friederike fiel mir um den Hals und gab mir den süßesten aller Lohnes, einen Kuß.

Neue Versenkungen.

Berlin, 27. April. (Amtlich.) Neue U-Bootserfolge an der Westküste von England 25 000 B.R.T. Ein Dampfer von mindestens 12 000 B.R.T. Größe und ein bewaffneter Dampfer von 6000 B.R.T. wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen.

Deutsche Flugzeuge über Calais.

Bern, 28. April. (W.Z. Nicht amtlich.) Wie 'Welt Parisien' meldet, hat ein deutsches Flugzeuggeschwader in der Nacht vom 21. zum 22. April trotz heftiger Luftabwehr Calais überflogen und eine Anzahl Bomben abgeworfen. Es soll nur beträchtlicher Sachschaden angerichtet worden sein. Der Angriff dauerte ¼ Stunden.

Unsere Versorgung mit Brotgetreide.

Berlin, 26. April. (W.Z. Nicht amtlich.) In der Sitzung des Ernährungsrates des Reichstags, die heute unter dem Vorsitz des Staatssekretärs von Waldow tagte, wurde die Frage besprochen, ob am Schlusse des Wirtschaftsjahres eine Kürzung der Brotration eintreten müsse.

Nach eingehenden Referaten der Reichsgetreidestelle, Unterstaatssekretär v. Graebenitz, und des Unterstaatssekretärs im Kriegsernährungsamt v. Braun, der an den Wirtschaftsverhandlungen in Kiew bis in die letzten Tage teilgenommen hat, wurde Uebereinstimmung darin erzielt, daß die Lage zurzeit noch zu ungeklärt ist, um eine so entscheidende Maßnahme zu verfügen, die sich möglicherweise als unnötig erweisen könnte.

Es soll daher abgemartet werden, wie sich die Abwicklung der Getreidezufuhren aus der Ukraine in der nächsten Zeit vollzieht. Es sind alle Vorkahrungen getroffen, um die von der Ukraine vertragsmäßig zugesicherte Getreidemengen, die ausreichen würden, um zusammen mit den eigenen Beständen der Reichsgetreidestelle unsere Brotration bis Schlus des Jahres sicherzustellen, hereinzubringen. Einige Transporte sind bereits eingetroffen. Die Entwicklung in den nächsten Wochen wird volle Klarheit bringen.

Der Warenaustausch mit der Ukraine.

Berlin, 28. April. Die deutsche Delegation in Kiew, die die Verhandlungen mit der ukrainischen Volksrepublik über den beiderseitigen Warenaustausch zu führen hatte, hat ihre Arbeiten abgeschlossen, nachdem am 23. April das Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einerseits und der ukrainischen Volksrepublik andererseits unterzeichnet worden ist. Der Vertrag besteht aus einer Reihe von Einzelabkommen und Vereinbarungen, die für Deutschland und Oesterreich-Ungarn gemeinlich abgeschlossen worden sind. Das wichtigste Abkommen ist das über die Lieferung von Getreide, Hülsenfrüchten, Futtermitteln und Sämereien. Wegen dieser Bezüge wurde zunächst eine Vereinbarung über die Organisation der Aufbringung in der Ukraine und sodann ein Vertrag über die Lieferungen abgeschlossen. Die Aufbringung erfolgt durch eine Organisation, die unter dem Namen Staatsgetreidebureau bereits ins Leben getreten ist und aus Angehörigen der landwirtschaftlichen Behörden, aus Pächtern und Besitzern von Mühlen und aus landwirtschaftlichen Genossenschaften besteht. Von den übrigen Abkommen sind hervorzuheben diejenigen über die Lieferung von Eisen, Schlachtvieh und Eisenerzen. Für den Bezug von Kartoffeln, Gemüse, Sauerkraut und Zwiebeln wurde den Mittelmächten der freie Einkauf zugestanden.

Kriegspsychose in den Vereinigten Staaten.

Die Ausbrüche krankhafter Kriegswut und fanatischer Deutendehosses, die von Zeit zu Zeit aus Amerika zu uns herüberdrönen, stehen hinter den bekannten Tiraden der englischen Hespresse nicht nur in keiner Weise zurück, sondern scheinen sie noch überbieten zu wollen. So ergab sich 'Atlantische Constitution' vom 21. Februar in folgenden wilden Kriegsphantasien: Jeder amerikanische Bürger, der dieses Ehrentitels würdig ist, hat die felsenfeste Ueberzeugung...

Zu Brandenburg war im Wirtshaus alles sehr lebendig. Man sprach von großen Schlachten, die zwischen Napoleon und dem geliebten König vorgefallen sein sollten; Prinz Louis Ferdinand's Selbentod bei Saalfeld sei furchtbar gerächt worden; in der Thüringer Wäldern hemmen die Leichen der erschlagenen Weltüberwinder den Lauf der Ströme. — Und wie ist dem Kaiser Napoleon ergangen? — fragte ich daswischen. — Man vernimmt ihn — Und der Marschall Lannes? — Tot. — Und Douvoitz? — Tot! — Und Ney? — Tot! alles tot!

Da konnte ich mich nicht länger halten — ich reiß nach meiner Tasche, um die Stegesshymnen herauszusuchen. Ein alter Mann hinter mir legte seine Hand auf, und blickte sich, wie von ungefähr, und murmelte mir mit der tiefsten Bassstimme ins Ohr: 'Wolke Gott, es wäre an dem! aber ich weiß, alles ist falsch. Es ist gewiß großes Unglück begeben.'

Da Sand ward mir bei diesen Worten in der Tasche lahm. Ich ließ die ырträvichen Gesänge einfallen an Ort und Stelle. 'Großes Unglück?' Und ich in Magdeburg? Komnte sich Napoleon mit seiner Armee nicht zwischen mich und Friederiken drängen? — Es ergreift mich, wie Fieberrost.

Aber außer dem alten, unheilweisagenden Manne jubelte das Volk im Wirtshimmer so laut, so überzeugend, jeder beschrieb die Schlachten und Siege des Königs so umständlich mit allen Nebenereignissen, daß man dergleichen schlechterdings nur mit eigenen Augen gesehen oder nur von Augenzeugen erfahren haben konnte. Ich pflichtete, wie billig, der Stimmenmehrheit bei und gieng ruhig schlafen.

Wie Ahnungen.

Am folgenden Tage begegneten mir unterwegs auf der Landstraße einzelne Kurierre, die von Magdeburg oder von der Armee zu kommen schienen, und nach Berlin eilten. Das feierliche Schweigen dieser Eilboten war mir sehr verdächtig; denn die Freude pflegt sich sonst, auch unaufgefordert, mitzuteilen.

In einem Dorfe zwischen Bfior und Burg war eine große Menge Volks zusammengelaufen. Ich fuhr gegen den Haufen, aber er teilte sich nicht. Nun erst bemerkte ich vor einem gro-

Ben Hause gestaltete Pferde, und im Hause an den Fenstern preußische Hüaren. 'Was gibts Neues?' fragte ich die umherstehenden Leute, während ich den Wagen hielt. — 'A, du mein Herr und Gott!' schrie ein altes Bauernweib: 'der König hat ja alles verloren, und die Franzosen sind schon unterwegs, und vielleicht schon in einer Stunde hier.'

Natürlich gab ich auf die Nachricht nicht viel. Aber daß wollte ich mich näher belehren, und lenkte gegen das große Gebäude, sprang vom Wagen und gieng hinein. Alle Stuben wimmelten von Menschen: Hüaren, Bauern, Beamte standen gedrängt durcheinander, schnüchelten ihre Pfeife, tranken, suchten, erzählten. — Keiner machte ein frohes Gesicht. Bald war die Rede von der Niederlage der Preußen, von der Nähe der Franzosen; bald von einem Herrn Oberstwachmeister, der wegen seiner schweren Wunden nicht länger zu Pferde sein konnte, sondern gefahren werden müsse. Man sollte ein Chaise herbeischaffen; man hatte Boten in die Nachbarschaft ausgeschickt.

Ich war außer mir vor Schrecken, suchte ein Pfälzchen an einem der Tische, und ließ mir von dem elenden Bier geben, um Gelegenheit zu haben, den Bergang der Dinge genauer zu erfahren und Maßregeln nehmen zu können. Nach zehn Minuten verloren sich die Hüaren aus den Stuben; es blieb: sie sitzen auf! Ich drängte mich zum Fenster, um sie absehen zu sehen, und sah sie wirklich im gleichen Augenblicke davon eilen, und zwischen ihnen — meinen Berliner Koffertagen im vollen Trab davon geben.

Da hatte ich gut zum Fenster hinausrufen: 'Halt, es ist mein Wagen!' — in einer Minute war alles verschwunden. Ich arbeitete mich durch die Menge der Bauern hinaus ins Freie. Der Platz war leer; kein Wagen fort.

'Verhängen Sie sich!' jagte ein kleiner bagerer Mann, welcher hier das Ansehen eines Beamten hatte: 'der Herr Oberstwachmeister schläft schon den Wagen heute wieder zurück. Er will ihn nur bis zum nächsten Tag mitnehmen. Der gute Herr war an seinen Wunden sterbenskrank, und wählte den nächsten Weg zu seinen Eltern.'

Die Verhandlungen mit der Schweiz.

Bern, 27. April. (Amtlich.) Der Erneuerung des Handelsabkommens mit Deutschland, das Ende des Wts. abläuft, stellen sich große Schwierigkeiten entgegen. Was den Preis für Kohlen betrifft, so hält Deutschland immer noch an einem Aufschlag von 90 Franken für die Tonne fest. Von sehr großer Tragweite sind die deutschereits gestellten Bedingungen für die Verwendung der Kohle. Danach würde die Ausfuhr der Schweiz nach Ländern, die sich mit Deutschland im Krieg befinden, sehr stark eingeschränkt; insbesondere würde dies für die Ergebnisse der Maschinenindustrie eintreten. Außerdem begehrt Deutschland, daß ohne Bezug eine Kontrollorganisation von gleicher Art wie die S.S.S. geschaffen werde. Dabei hat es selbstverständlich die Meinung, daß diese Einrichtung wie die S.S.S. durchaus schweizerischen Charakter hätte. Sie würde aber auf jeden Fall für das schweizerische Wirtschaftliche Wirkungen haben, die zur Zeit noch nicht vollständig überblickt werden können. Da indessen beiderseits der beste Wille vorhanden ist, darf die Hoffnung auf eine annehmbare Verständigung noch nicht aufgegeben werden.

Die Fischechen wollen Autonomie.

Berlin, 29. April. Aus Wien erfährt der 'Berliner Lokalanzeiger': Wie aus Graz gemeldet wird, gab der Bischof Dr. Dopfbruna eine Erklärung ab, in der er verlangt, daß die Fischechen ein selbständiges Reich im Rahmen des ungarischen Staates bilden, in das auch die ganzen deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens einberleht werden sollen.

Frauenwahlrecht in Schweden.

Stockholm, 28. April. Der Vorschlag zur Einführung des Frauenwahlrechts in Schweden wurde gestern in der Zweiten Kammer des Reichstags mit 120 gegen 50 Stimmen angenommen, von der Ersten Kammer aber mit 62 gegen 36 Stimmen abgelehnt. Dadurch ist der Antrag gefallen.

Die Lage in Finnland.

Stochholm, 28. April. (Nicht amtlich.) Das finnische Hauptquartier meldet: Willmanstrand ist heute von unseren Truppen genommen worden. Vor Wiborg neue Erfolge. Der rasche Flügel des Feindes ist durch eine umgehende Flankenbewegung von der Festung Wiborg abgeschnitten.

Das 'Zentrum' von dem 'Neues'.

Das 'Zentrum' von dem 'Neues' verber Reaktio lichen Opt bederaufkomme dem Harren n soligkeit, m berichtslegen. A reits durch den 870):

St ist es nie und für unfer es sich in solb Volk der W der Ruhe hin die Scham r geschichtlicher Gen, ob eine ar ken die Gleich fernen sich ber

Unter den hie nstis befinden si bewene (Mbeind als die gleichen r angeschörenden dr mupiert Widerstr hobe Lebensmittel

Anträge zum von Hausaltsaus kangebracht, in de Angelegten jede Untergebenen un überbung der So überfähigen Unter ren möge, und da per eignen, auch d die Berechtigung ligen. Schließlich die dienftunfähig aus dem Heeresdi tühenden Rente

Da hatte ich gut zum Fenster hinausrufen: 'Halt, es ist mein Wagen!' — in einer Minute war alles verschwunden. Ich arbeitete mich durch die Menge der Bauern hinaus ins Freie. Der Platz war leer; kein Wagen fort.

'Verhängen Sie sich!' jagte ein kleiner bagerer Mann, welcher hier das Ansehen eines Beamten hatte: 'der Herr Oberstwachmeister schläft schon den Wagen heute wieder zurück. Er will ihn nur bis zum nächsten Tag mitnehmen. Der gute Herr war an seinen Wunden sterbenskrank, und wählte den nächsten Weg zu seinen Eltern.'

(Fortsetzung folgt.)

In der Donnerstag einige Prob in der An Man beichlo der nächsten um eine H im 'Borm' Beispiel h

Das W Schwabund Ausland me

Frankr verbleibt in richte, Hof und der Be (wärtlich) go nen Eiben, blicht vor! stären, daß Sofi uns da fordern. Die

Das W Schwabund Ausland me

Frankr verbleibt in richte, Hof und der Be (wärtlich) go nen Eiben, blicht vor! stären, daß Sofi uns da fordern. Die

Das W Schwabund Ausland me

Frankr verbleibt in richte, Hof und der Be (wärtlich) go nen Eiben, blicht vor! stären, daß Sofi uns da fordern. Die

Das W Schwabund Ausland me

Frankr verbleibt in richte, Hof und der Be (wärtlich) go nen Eiben, blicht vor! stären, daß Sofi uns da fordern. Die

Das W Schwabund Ausland me

Frankr verbleibt in richte, Hof und der Be (wärtlich) go nen Eiben, blicht vor! stären, daß Sofi uns da fordern. Die

Das W Schwabund Ausland me

Frankr verbleibt in richte, Hof und der Be (wärtlich) go nen Eiben, blicht vor! stären, daß Sofi uns da fordern. Die

Das W Schwabund Ausland me

Frankr verbleibt in richte, Hof und der Be (wärtlich) go nen Eiben, blicht vor! stären, daß Sofi uns da fordern. Die

Das W Schwabund Ausland me

Frankr verbleibt in richte, Hof und der Be (wärtlich) go nen Eiben, blicht vor! stären, daß Sofi uns da fordern. Die

Das W Schwabund Ausland me

Frankr verbleibt in richte, Hof und der Be (wärtlich) go nen Eiben, blicht vor! stären, daß Sofi uns da fordern. Die

Das W Schwabund Ausland me

Frankr verbleibt in richte, Hof und der Be (wärtlich) go nen Eiben, blicht vor! stären, daß Sofi uns da fordern. Die

Das W Schwabund Ausland me



### Die „Saprunation gegen den Reichstag“

In der Sitzung des Reichstags-Hauptausschusses am Donnerstag hat der sozialdemokratische Abgeordnete Rostke einige Proben des „vaterländischen Unterrichts“ in der Armee gegeben, die das härteste Aufsehen erregten. Man beschloß, das vielversprechende Thema in einer Sitzung der nächsten Woche besonders zu erörtern. Es handelt sich um eine Reihe von Katechismen, von deren Art die folgenden im „Vorwärts“ dargebotenen Proben ein Bild geben. Zum Beispiel heißt es darin wörtlich:

„Es gibt nichts Unabwiderlicheres als die Demokratie... Die demokratischen Parteien des Deutschen Reichstags wollten durch Streikbewegungen und Straßen-Demonstrationen einen Verzicht auf die Freiheit erzwingen... Das Geld spielt in den demokratischen Ländern die gleiche Rolle... Wer heute die demokratisch-internationalen Beziehungen nicht an der Schwelle zurückweist, der arbeitet für den Feind; der arbeitet nicht für wahre Freiheit, sondern für die Interessen einer internationalen Gauner-Gesellschaft.“

Das Wort „Parlament“ wird den Soldaten mit Schwabwude überliefert. Und in Bezug auf das feindliche Ausland werden sie in folgender Weise belehrt:

„Frankreichs Revolutions-Formel Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit muß überliefert werden mit „Ungehorsam, Unverbrüderlichkeit, Haß“. Amerika ist das Land der Korruptionswirtschaft und der Versteigerung: etwas, was uns rüstständigen Deutschen (wörtlich) ganz unbekannt ist... Ausland enthält den Finnen, Esten, Letten, Litauern, Polen, Ukrainern die Selbständigkeit vor! Laßt uns Irland für die Iren fordern und erklären, daß wir Irlands Interessen zu den unserigen machen. Laßt uns das Selbstbestimmungsrecht für Ägypten, für Indien fordern. Die Abtretung Sibiriens an Spanien, Malasas und Korsikas an Italien, des Suezkanals an die Türken. Vor allem müssen wir das Streben der Finnen, der Polen, der Ukrainer nach politischer Unabhängigkeit mit allen Kräften unterdrücken.“

Und weiter:

„Der 19. Juli 1917 (Tag der Friedensentscheidung des Reichstags) ist für ewige Zeiten eine Gedenkfeier deutscher Mädel.“

„Daß dieser Katedismus auch in Bezug auf die Kriegsziele mit seinen Soldaten aufs Ganze geht, versteht sich nach allem von selber.“

„Im Osten geben uns Aurland, Litauen und weite Gebiete Polens das nötige Siedlungsland für deutsche Bauern... Im Westen und Osten müssen wir die wichtigsten Kohlen- und Eisenerz-Gebiete behalten... Vor allem aber müssen wir die Herrschaft über die flandrische Küste festhalten...“

Das Heft ist dem Kriegsminister am Donnerstag vorgelegt worden. Er erklärte, von dessen Vorhandensein nichts zu wissen. Der Abgeordnete Erbacher konnte demgegenüber darauf aufmerksam machen, daß er dieses Heft und ein zweites ähnlichen Kalibers vor etwa vier Wochen schon dem Kriegsministerium unterbreitet habe!

### Ausland.

Rom, 27. April. (W.B. Nicht amtlich) Agenzia Stefani. Die Kammer stimmte der Vorlage betr. die Verleihung des Wahlrechtes an alle Kämpfer, auch an diejenigen zu, die noch nicht das 21. Lebensjahr erreicht haben. Auf Antrag des Ministerpräsidenten Delandò beschloß die Kammer, sich bis zum 6. Juni zu vertagen.

### Deutsches Reich.

#### „Gefährlicher Optimismus“

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ bezeichnet die von dem Geh. Legationsrat Homann in seinem Buch „Der neue Kurs“ vertretene Ansicht, daß für eine neue Periode der Reaktion „alle Voraussetzungen fehlen“, als gefährlichen Optimismus. Diese Voraussetzung für das Wiederaufkommen der Reaktion in Preußen sei „gegeben in dem harren Trost und der brutalen Rücksichtslosigkeit, mit denen sich die früher herrschenden Kreise bei uns selbst den eindringlichsten Lehren der neuesten Zeit verweigern.“ Zu der erneuten Ablehnung des gleichen Wahlrechtes durch den Verfassungsausschuß schreibt das Blatt (Nr. 9, S. 70):

„Es ist nicht tief beschämend für unsere ganze Zeit und für unseren Kulturzustand in Deutschland, daß derartige sich in solcher Zeit ereignen kann? Welches andere Volk der Welt würde derartige Beleidigungen mit gleicher Ruhe hinnehmen, wie das untrübe? Es treibt einem die Schamröte ins Gesicht, daß wir in dieser Zeit weltanschaulich-entscheidenden ängstlich Anstichou halten müssen, ob eine armelige Stimme mehr oder weniger in Preußen die Gleichberechtigung der großen Volksschichten anzuerkennen sich bemüht.“

Unter den hier gebrandmarkten Feinden des gleichen Wahlrechtes befinden sich auch die Führer der christlichen Bauernvereine (Mittelrheinischer, Trierscher, Westfälischer, Ermündischer), also die gleichen Herren, denen zuliebe die der Zentrumspartei angehörenden christlichen Gewerkschaftsführer seinerzeit im bezüglichen Widerstreit mit den Interessen ihrer Mitkämpfer für hohe Lebensmittelpreise eingetreten sind.

**Antworte zum Militärret.** Die Fortschrittler haben dem Hauptausschuß zum Militärret eine Anzahl Antworte vorgelegt, in denen sie u. a. fordern, daß die militärischen Angelegenheiten jede Einwirkung auf die politische Bestimmung ihrer Angelegenheiten unterlassen sollen, daß die Grundzüge für die Verbesserung der Soldaten geändert werden sollen, daß man den überzähligen Unteroffizieren die Lösung der Unteroffiziere geben möge, und daß bewährte Unteroffiziere, die sich zum Offizier eignen, auch dann zum Offizier befördert werden, wenn sie die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst nicht besitzen. Schließlich wird gewünscht, daß Soldaten und Offiziere, die dienstunfähig geworden sind, mit möglicher Beurlaubung aus dem Heeresdienst entlassen und in den Bezug der ihnen zustehenden Rente gesetzt werden.

### Deutscher Reichstag.

#### Tragen der Kriegführung vor dem Hauptausschuß des Reichstages.

Der Leiter der Presseabteilung im Kriegsministerium, Oberstleutnant von dem Berg verurteilt die Angriffe auf das Kriegspressesamt als unbegründet zurückzuweisen. — Abg. Rehbel fordert, daß der Hebe der neutralen Presse gegen die Behandlung der Gefangenen in Deutschland entgegengetreten werde. — Abg. Ledebour fragt, ob es richtig ist, daß in Flandern eine Anzahl deutscher Soldaten infolge der Ueberflutungen umgelassen seien. (Wird durch Jurzyj dementiert.)

Abg. Scheidemann: Ueber die Tätigkeit des Kriegspressesamtes könne kein Zweifel bestehen, es sei bestritten, die Presse zu einem gefügigen Werkzeug gewisser Kreise zu machen. Die Oberzensurjuristen drehe jeden Tag einen neuen Knebel für die Presse. Charakteristisch sei, daß man sogar die Veröffentlichung einer vom elsch-lohringischen Landtag beschlossenen Resolution unterdrückt habe. Die Militärbehörden machen eine Dummheit nach der anderen und verbieten dann der Presse, darüber zu berichten. Die Vorgänge in den besetzten Gebieten im Osten sind sehr bedenklich, der Krieg darf nicht in einen Eroberungskrieg umschlagen. Nach allen Nachrichten, die zu uns dringen, heißt das Militär in diesen Gebieten in einer Weise, die nicht zu billigen ist, wie es auch eine große politische Unklugheit bedeutet, einer Bevölkerung vor den Kopf zu stoßen, von der man etwas zu bekommen hofft. In der Ukraine nimmt man direkt die Interessen der Großgrundbesitzer wahr und hat damit bereits den Protest der Koda ausgelöst. Gegen diese Eigenmächtigkeit muß ein Einspruch erhoben werden, wie auch dagegen, daß man deutsche Soldaten als Polizeitruppe verwendet. Auf Veranlassung der Militärverwaltung hindert man die Vertreter der östlichen Völker, nach Berlin zu kommen. Mit dem Verbot der Reisen deutscher Abgeordneter in diese Gebiete will man zweifellos einen Meinungsaustausch verhindern. Vertreter Litauens, die in Berlin waren, sind veranlaßt worden, schleunigst wieder abzureisen, angeblich, um an einer Feier in Wilna teilzunehmen, die gar nicht stattgefunden hat. Jetzt aber verweigert man ihnen die Pässe. Man muß verlangen, daß dem Reichstag endlich gesagt wird, welche Ziele wir in Finnland verfolgen. Wie steht es insbesondere mit den Todesurteilen, die in Belgien von den Militärgerichten gegen Belgier gefällt worden sind, die in der Internationalen eine Rolle spielen. Redner fordert dann noch genaue Auskunft über den englischen Angriff auf Zebrügge, der Reichstag hat das Recht, die ungeschminkte Wahrheit zu erfahren. — Abg. Gräfe bezieht die Verhältnisse in der Ukraine als sehr unersichtlich. Im aber die von der ukrainischen Regierung übernommenen Pflichten sicherzustellen, sei militärische Unterstützung der dortigen Regierung notwendig. Redner meint dann, daß Abgeordnete, die in die besetzten Gebiete reisen, diese Reisen nicht dazu benutzen dürfen, um für ihre Ideen Propaganda zu machen. General von Wrissberg setzt auseinander, daß die Regierung der Ukraine nicht die ausreichende Macht hat, um die im Friedensvertrag übernommene Verpflichtung, uns Getreide zu liefern, durchzuführen. Daraus erklärt sich unser militärisches Eingreifen. Der Aufruf des ukrainischen Ackerbauers, das Land zu verlassen, ist von den Einwohnern nicht beachtet worden, und deshalb ist es notwendig, einen gewissen Zwang auszuüben. Auf die Anfrage Scheidemanns bemerkt er, daß der sozialistische Senator in Hannover wegen Spionage zum Tode verurteilt wurde. Das Urteil unterliegt der Bestätigung durch den Kaiser. Der andere Belgier dagegen ist nicht zum Tode verurteilt worden. Auf einen Wunsch von konservativer Seite erklärte Redner noch, daß man bei der Beratung von Offizieren mit größter Rücksicht vorgehe. General v. Oven teilt mit, daß die Abicht bestehe, den mobilen Offizieren eine Teuerungszulage zu gewähren genau so, wie sie den immobilen Offizieren bereits seit dem 1. Januar 1918 gezahlt wird. — Verschiedene Redner der Militärverwaltung äußern sich dann noch über einige Spezialfragen, die im Laufe der Aussprache aufgeworfen worden sind.

Abg. Müller-Meinungen: Weshalb ist es verboten, daß Abgeordnete nach dem Osten gehen? In der Ukraine liegt der Feiler darin, daß man unsere dortige diplomatische Vertretung völlig ausgegliedert hat. Der Erfinder der deutschen Tanks, ein gewisser Gödel, ist von Anfang an mit Mistrauen behandelt worden, jetzt hat er Kontraste annehmen müssen, obwohl man seine Ideen verwendet hat. Diesen Mann darf man nicht hilflos im Stiche lassen. Die Berichte über den Ueberfall auf Zebrügge entsprechen nicht den Tatsachen.

Kriegsminister v. Stein geht auf den Fall Gödel ein. In Mitteln zur Ausführung seiner Ideen hat es dem Erfinder nicht gefehlt, aber er hat nichts fertiggestellt. Ueber die feindlichen Verluste liegen genaue Ziffern noch nicht vor. Bei großen Kämpfen könne es einmal vorkommen, daß sich der Mittransport von Verwundeten verzögert.

Admiral Gobbingshaus gibt ein Bild von dem Angriff auf Zebrügge. Es handelt sich bereits um den fünften derartigen Angriff. Diesmal war das Wetter den Engländern günstig. Auf den Angriff war die deutsche Marine vorbereitet, denn mit einer solchen Möglichkeit mußte dauernd gerechnet werden. Die Engländer kamen unter dem Schutze einer künstlichen dichten Nebelwand. So konnte ein Boot direkt an die Mole kommen, das sofort scharf beschossen wurde. Von den etwa 1000 Engländern kamen nur 40 auf die Mole. Militärische Anlagen sind nicht zerstört worden. Der Angriff wurde restlos abgewiesen. Beim Eingang der Mole liegen verrostete Fahrzeuge, ohne daß damit die Einfahrt in den Kanal verhindert werden konnte. Die gegen Ostende angelegten Fahrzeuge haben ihr Ziel überhaupt nicht erreicht. Die Durchführung des U-Boot-Krieges ist nicht behindert. Der englische Bericht ist durchaus falsch.

Abg. Göttschein bespricht die Angaben über unsere Verluste und polemisiert dann gegen die vertraulichen Ausführungen des Oberstleutnants Koutz über unsere Kohstoffversorgung. Bei der Kriegsjahr wird geradezu eine Verschwendung mit menschlicher Arbeitskraft getrieben. Die Vorgänge in den östlichen Randstaaten können uns nur mit dem Gefühl tiefster Scham erfüllen.

Abg. Kosske: In Butarej sitzen 1500 deutsche Offiziere, für die 51 Kompanien bestehen. Beim Friedensschluß mit der Ukraine ist mit keinem Wort von dem Verfahren gesprochen worden, das jetzt angewandt wird. Der Reichstag darf nicht ruhig zusehen, wie ihm die bösesten Suppen eingetrocknet werden. Die öffentlichen Einrichtungen in der Ukraine werden von der militärischen Leitung direkt beschlagnahmt, man bezeichnet es in Anweisungen an die Offiziere zur Instruktion für die Mannschaften als Aufgabe, die demokratischen Einrichtungen zu beseitigen. Gegen diesen Mißbrauch werden sich unsere Soldaten Redner kritisiert dann den Entschluß, der die Reisen von Abgeordneten nach den östlichen Gebieten verbietet, angefaßt der Tatsache, daß Prinz Heinrich von

Preußen dort eine umfassende politische Tätigkeit entfaltet. Die Neuierungen eines holländischen Vertreters lassen erkennen, daß den Abgeordneten jeder Einbild verweigert werden soll.

Abg. Scheidemann beantragt nun, die Verfügungen des Generals Eichhorn dem Auschuß vorzulegen. Dieser Antrag wurde von Fortschrittler und Zentrum unterstützt.

Abg. Erzberger stellt fest, daß auch Scheidemann verbreitet wurde, die eine Beschimpfung des Zentrums darstelle. Selbst Offiziere protestieren gegen dieses Treiben. Mit dem Vorgehen in der Ukraine sündigt man direkt das Ansehen Deutschlands. Der Reichstag hat nach der Verfassung das Recht, bei der Vorbereitung von Friedensverträgen mitzuwirken. Der Standpunkt sei unhaltbar, daß ein einzelner Mann das Recht haben solle, über Krieg und Frieden zu entscheiden, Tausende von Offizieren werden lediglich mit der Beeinflussung der öffentlichen Meinung beschäftigt.

Abg. Ledebour findet, daß unser Vorgehen in der Ukraine geradezu einen Vertragsbruch darstelle. Man hat damit nur erreicht, daß man sich die ukrainischen Landwirte zum Feinde gemacht hat. Worauf beruhe das Recht zum Einrücken in die Krime? Aus Finnland liegen die bedenklichsten Nachrichten vor, wir kommen dort zu den gleichen Verhältnissen wie, in der Ukraine.

Abg. Müller-Meinungen beantragt, die Verhandlungen über die Anweisungen des Generals v. Eichhorn nächste Woche in Anwesenheit des Reichstagskanzlers fortzusetzen.

Abg. Scheidemann schießt sich diesem Antrage an.

Kriegsminister v. Stein hat von diesen Anweisungen keine Kenntnis, will sie aber beschaffen.

Oberst v. Franke kommt auf eine Bemerkung des Abg. Cohn zurück und behauptet, daß bei uns die Gefangenen gut behandelt werden.

### Berichtszeitung.

**Schwurgericht Offenburg.** Sitzung vom 24. April. Als letzter Fall der Tagesordnung kam die Anklage gegen die 40 Jahre alte Ehefrau des Landwirts und Bahnarbeiters Franz Anton Huber, Anna geb. Geiger aus Ohsbach wegen Brandstiftung zur Verhandlung. Die Angeklagte hat am Abend des 16. März l. J. gegen 10 Uhr einen neben dem Holzschopf der Nachbarn Michael Huber Eheleute — ihrer Schwiegereltern — in der Subergasse in Ohsbach aufgestellten Heischhäfen angezündet, um das mit dem Holzschopf zusammengebaute Wohnhaus der Eheleute Huber in Brand zu setzen. Das Feuer griff rasch auf Holzschopf Scheune und Wohnhaus über und zerstörte in etwa 3 Stunden das ganze Gebäude bis auf die Umfassungsmauern und setzte auch noch die Dachsparren und das Holzwerk an der Miegelmauer des Nachbarn Lorenz Fienmann in Brand. Der Gebäudeschaden betrug etwa 8250 Mk., der Schaden an Fahrnissen 3000 Mk. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich bald auf die Angeklagte, welche nach anfänglichem Leugnen ein umfassendes Geständnis ablegte. Sie schiebt die Schuld ihrem Ehemann zu, welcher, von seinen Schwiegereltern beständig ausgehört, sie vielfach in größlicher Weise mißhandelt habe. Am Abend des 16. März gegen 9 Uhr sei sie zu Bett gegangen, während sie schlaflos über ihre unglückliche Eheleben nachdachte, habe sie sich den Entschluß gefaßt, das Haus ihrer Schwiegereltern, welche sie fortwährend in all ihrem Tun und Treiben beunruhigt hätten, anzuzünden, damit sie eine Zeitlang aus der Nachbarschaft weglämen und sie endlich einmal Ruhe bekäme; ihr Eheleben sei das reinste Martyrium gewesen. Diesen Entschluß habe sie auch sofort ausgeführt und sich wieder zu Bett gelegt, bis der Nachbar Fienmann das Feuer entdeckt und Alarm gemacht habe. Dieses frühere Geständnis schränkte die Angeklagte insofern ein, als sie Sinnesänderungen geltend machte. Der gerichtsarztliche Sachverständige bezeichnet die Angeklagte als eine durch ihre Trunksucht, insbesondere den Schnapsgenuss wohl moralisch heruntergekommenen, und in ihrem sittlichen Fühlen abgestumpften Person, bei der aber keineswegs eine derartige Geisteskrankheit oder Bewußtseinsstörung vorliege, die ihre freie Willensbestimmung ausschließe. Auf Grund des Wahrspruchs der Geschworenen wurde die Angeklagte wegen Brandstiftung zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt und hierauf 1 Monat Untersuchungsgefängnis an gerechnet.

**Mannheim, 25. April.** Die Dienstmagd Emma Huber aus Schoppsheim hatte ein ganzes Lager von Wäsche, Koffern und Häuten, die sämtlich mit Inhalt zusammengepackt waren. Sie ist schon schwer vorbestraft und erhielt jetzt von der Strafkammer wegen mehrfachen, schweren Diebstahls 4 Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust. — Der 18jährige Matrose Ludwig Gau aus Frankenthal hatte eine Anzahl Diebstähle auf vier veranfertigten Schiffen verübt. In Anbetracht seiner Vorstrafen wurde Gau von der Strafkammer zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Freunde von Dörrgemüse.** Der Schneider Heinrich Schaufelberger, der Heizer August Stuber und der Steinmetz Michael Friedel stahlen aus einer Mannheimer Dörrgemüsefabrik 44 Zentner Dörrgemüse im Werte von 7000 Mk. Der Raub wurde in die Wohnung des Wirtes Friedrich Goltz gebracht und von da mit der Kasse nach Heidenheim. Schaufelberger wurde von der Strafkammer zu 3 Jahren Gefängnis, Stuber zu 1 Jahre 3 Monaten, Goltz zu 5 Monaten Gefängnis und Friedel zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Reimliche Schlachtung.** Ein Selbstverzoher in Oeselsfurt verweigerte bei der Viehzählung ein Schafweid und schlachtete es ohne Erlaubnis. 56 Pfund Eingefalgens wurden weggenommen. Es wurde wegen der Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften über den Fleischverbrauch eine Geldstrafe von 85 Mk. festgesetzt.

**Waldshut, 27. April.** Von der Strafkammer wurde der 52-jährige, schon vielfach vorbestrafte Tagelöhner Johann Matzsch aus Wies wegen Diebstahls, Betrugs und Urkundenfälschung zu 3/4 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre verurteilt.

### Aus der Partei.

**Für ein freies Wahlrecht!** Vor einer glänzend besuchten öffentlichen Versammlung sprach am Montag abend in Magdeburg Reichstagsabgeordneter Schulz (Erfurt) über die preussische Wahlrechtsfrage. Die Versammlung folgten den Darlegungen des Redners mit steigender Anteilnahme und spendeten stürmischen Beifall. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die der Forderung auf ein gleiches Wahlrecht Ausdruck gibt und erklärt, daß alle Kräfte für dessen Erlangung eingesetzt werden sollen. Die Resolution schließt mit der Aufforderung an die Regierung, den Landtag auszulösen, wenn keine Mehrheit das gleiche Wahlrecht ablehnt.



n. Gaggenau, 27. April. Bei dem gewaltigen Aufschwung der gewerkschaftlichen Organisation am hiesigen Orte darf man wohl annehmen, daß auch das Interesse an politischen Fragen wieder mehr als dies in letzter Zeit der Fall war, sich bemerkbar macht. In unsern Parteigenossen liegt es nun, die Zeit auszunützen, um dem Wahlverein neue Mitglieder und der Parteipresse mehr Abonnenten zuzuführen. Dies aber ist nur möglich, wenn alle vorhandenen Kräfte sich in den Dienst unserer Sache stellen. Um dies zu erreichen, findet am Dienstag, 30. April, abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Badischen Hof“ eine Parteiverammlung statt. Es wird vollständiges Erscheinen erwartet, auch „Volksfreund“-Leser sind freundlich eingeladen.

### Baden.

#### Zur Aenderung der Kreis-Verfassung.

g. Karlsruhe, 27. April. Wir haben neulich an dieser Stelle auf die Bedenken, die Herr Geh. Rat Stad in der Kreisverammlung des Kreises Karlsruhe gegen die Anwendung der Verhältniswahl zur Kreisverammlung äußerte, den Nachweis zu führen versucht, daß bei diesen Wahlen ebenso gut das Verhältniswahlverfahren, wie das Mehrheitsstimm Verfahren Anwendung finden könne. Es ist erfreulich, daß jetzt von einer hohen Regierungsstelle aus, nämlich vom Herrn Staatsminister von Bodman, anlässlich der Besprechung des Antrages des Ausschusses für Justiz und Verwaltung zur Aenderung der Kreisverfassung (siehe Landtagsbericht vom 26. ds. Mts.) in der Kammeritzung erklärt wurde, daß die Regierung die Schwierigkeiten, welche sie bisher in der Anwendung der Verhältniswahl erblickt, glaube überwinden zu können. Damit würde dem einmütigen Wunsch der Zweiten Kammer des Landtags Rechnung getragen und wir haben recht behalten, wenn wir an die Ausführungen des Herrn Stad in der Kreisverammlung Karlsruhe, damals die Bemerkung knüpften, im Landtag werde voraussichtlich die Regierung für einen die Verhältniswahl ablehnenden Standpunkt keine Mehrheit finden.

Der Herr Staatsminister scheint sich auch mit der neuzeitlichen Forderung der Veseitigung einer privilegierten Vertretung der großen Grundbesitzer in der Kreisverammlung abzufinden. Ein derartiges Privilegium mag von 55 Jahren, bei der Einführung der Kreisverfassung, einen Sinn gehabt haben, aber heute ist es veraltet und unhaltbar. Bei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen mit dem Dominieren der Industrie in den großen Kreisen des Landes, dem Uebergewicht der Städte hinsichtlich der Bevölkerungszahl und der großen Steuerleistung der Städte für den Kreis, könnte man mit mehr Recht, als für die größeren Grundbesitzer, beispielsweise für die Großindustriellen, oder auch für andere Interessengruppen, eine privilegierte Vertretung in der Kreisverammlung verlangen. Es ist fast überflüssig, zu bemerken, daß wir selbstverständlich jeden derartigen Gedanken ablehnen. Denjenigen größeren Grundbesitzern, welche im öffentlichen Leben stehen, wird es unseres Erachtens nicht schwer fallen, auch als „Gewählte“ in die Kreisverammlung zu kommen, wenn sie es wünschen.

Die weitere Frage der Verringerung der Zahl, also der Zusammenlegung kleinerer Kreise, scheint dagegen noch nicht geklärt zu sein. Die Männer, welche in der Kreisverammlung und in der Verwaltung, in den Kreisaußenstellen, tätig sind, also die Praktiker, sind durchweg Gegner der Aenderung des bisherigen Zustandes. Das scheint uns sehr beachtenswert zu sein und es ist auch erklärlich, denn es handelt sich bei den jetzigen Kreisen um eine eingebildete, historisch gewordene Einrichtung, die man nicht ohne Not ändern kann. Auch die kleineren Kreise vermögen in ihrem Rahmen im allgemeinen das zu leisten, was sie im Interesse der Allgemeinheit leisten müssen und nötigenfalls können sich zwei oder mehr Kreise zur besseren Lösung einer bestimmten Aufgabe zusammenschließen. Das geschieht jetzt schon z. B. bei den Kreisen Karlsruhe-Florenzheim und Baden-Baden, die eine gemeinschaftliche Kreisplehkanstalt haben. Was auf der Offenburger Kreisverammlung in letzter Woche in Bezug auf die jetzige Kreiseinteilung gesagt wurde, scheint uns recht zutreffend zu sein. In einer dort einmütig gefassten Resolution wird u. a. ausgeführt:

Bei großen Verbänden wäre es nicht möglich, den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung im Einzelnen so nachzukommen und Beachtung zu schenken, wie es jeither der Fall gewesen ist. Die bürgerliche Selbstverwaltung, d. h. die Verorgung der Verwaltung der Kreise durch Bürger in ehrenamtlicher Weise, wäre bei großen Verbänden kaum möglich, es müßte ein berufsmäßiger Beamtenapparat dafür geschaffen werden, der einen erheblichen, weit über das jetzige Maß hinausgehenden Aufwands bedingen und eine namhafte Belastung der Gemeinden verursachen würde.

Die Anhänger der „großen Verbände“ müssen also schon noch recht gewichtige Gründe für ihre Auffassung ins Feld führen, wenn sie die Gegenseite überzeugen wollen.

Im übrigen ist es dringend zu wünschen, daß mit der beginnenden neuen Schaffenszeit im öffentlichen Leben nach dem Krieg, auch das Reformwerk der Kreisverfassung vollendet ist.

#### Amthliche Werbearbeit für die Kriegervereine.

Amthliche Werbearbeit für die Kriegervereine war vor dem Kriege an der Tagesordnung. Der Reichstag hat in zahllosen Wahlsprüngen diese Art Beeinflussungen scharf verurteilt und für durchaus unzulässig erklärt. Im Zeichen des „Burgfriedens“ mühte die Tätigkeit der Kriegervereine; aber jetzt scheint sie wieder aufleben zu sollen. Im Bereich eines ländlichen städt. Generalkommandos ist Lt. Mannheimer „Volksstimme“ förmlichen Behörden und Truppenstellen folgende Verfügung zugegangen:

„Der badische Militärvereinsverband beabsichtigt seine bisher durch den Krieg unterbrochene Werbearbeit wieder aufzunehmen. Anliegende Merkblätter des badischen Militärvereinsverbandes, dessen Satzungen und Bestrebungen sich mit denjenigen der Kriegervereine in Kreisen decken, sind in erster Linie für die Bezirkskommandos und Lazarette zur Ausgabe an die zur Entlassung kommenden Mannschaften bestimmt. Weiterhin dienen sie als Unterlagen für die Empfehlung und Aufforderung zum Eintritt in die Militär- und Kriegervereine durch die nächsten Vorgesetzten und

Auffklärungsbeamten. Das Interesse des Heeres fordert den Zusammenfluß aller gebildeten Soldaten zu gegenseitiger Hilfeleistung auch in wirtschaftlicher Not, sowie für vaterländische Zwecke.

Um die Werbearbeit zu erleichtern, reichen die Bezirkskommandos dem badischen Militärvereinsverband zum ersten jeden Monats eine namentliche Liste der zur Entlassung kommenden Mannschaften mit Angabe der Heimatadresse ein. Der Verband wird dann die betreffenden Heimatvereine benachrichtigen und für Anwerbung aufordern.

Das stellv. Generalkommando erwartet, daß von allen beteiligten Stellen dem Militärvereinswesen die seiner großen Bedeutung entsprechende Förderung zuteil wird.

Der militärische Aufklärungsdienst soll also in den Dienst der Werbearbeit für die Kriegervereine gestellt werden. Was die Kriegervereine unter vaterländischer Betätigung verstehen, das ist genaugen bekannt — die Beeinflussung politischer Wahlen.

r. Durlach, 28. April. Zur Bekämpfung der Tuberkulose ist hier eine unter ärztlicher Leitung stehende Beratungsstelle für Tuberkulose eingerichtet. Dieselbe befindet sich im 3. Stock der neuen Gewerbeschule, und steht der städtischen Bevölkerung unentgeltlich zur Verfügung. Die Beratung findet alle 14 Tage jeweils am Mittwoch nachmittags von 1/4 bis 1/2 Uhr statt. Eröffnung der Beratungsstelle am Mittwoch, 1. Mai 1918.

Ortsamt, (A. Offenburg), 28. April. Eine hiesige Bürgerfrau, die den noch fahrenden Zug verlassen wollte, kam auf dem Bahnhof Appenweier zu Fall, und zog sich lebensgefährliche innere Verletzungen zu.

\* Bühl, 28. April. Die hiesigen Brantweinbetriebe sind noch nicht ganz aufgelöst. Es soll sich laut „Straß. Post“ darum handeln, daß Großhändler durch eine Anzahl teilweise schon ermittelte und in Haft genommener Zwischenleute große Mengen feinen Brantweins, vor allem Kirchwasser, im Bühlertal und anderwärts auf Grund gefälschter Militärausweise als beschlagnahmt zum Höchstpreise an sich gebracht haben. Zur Ueberführung dieser Brantweinemengen sollen ebenfalls falsche Ausweise benützt worden sein. Die festgestellten Verfehlungen sollen nachher eine grandiofen Umfang angenommen haben.

\* Mannheim, 28. April. In der Nacht zum Samstag wurden auf offener Straße von einem verheirateten Fabrikarbeiter nach vorausgegangenen Streitigkeiten, vermutlich infolge Eifersucht, zwei scharfe Revolverkugeln abgefeuert, ohne daß jemand verletzt wurde. Der Täter ging flüchtig. — Im Hof eines hiesigen Hauses spielten einige Kinder mit einer geladenen alten Reiterpistole, die jemand aus dem Feld (Serbien) nach Hause geschickt hatte. Dabei löste sich ein Schuß und drang dem 4jährigen Söhnchen des im Feld stehenden Tagelöhners Bittel in den Kopf. Das Kind starb an der Verletzung. Ein 10jähriger Knabe, der die Pistole in der Hand gehalten hatte, erlitt durch die zurückschlagende Waffe eine Verletzung am Hals.

\* Schweningen, 28. April. In Ottersheim fiel der Wagnarbeiter Lorenz Vichhoff beim Zerkleinern in der Scheune von der Leiter und erlitt einen schweren Schädelbruch, ferner einen Arm- und Beinbruch. An diesen Verletzungen starb er, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

\* Emmendingen, 28. April. Der 13jährige ledige Julius Bürlin stürzte so unglücklich eine Treppe hinunter, daß er sofort tot war. — Ein schwerer Schlag hat den Großkaufmann O. Ringwald hier betroffen. In Bensfeld i. G. brannte lt. „Frg. Bl.“ ein ihm gehöriges Laborkloster mit einem Inhalt von 16 000 Zentnern im Wert von etwa 3 Millionen Mark nieder.

Freiburg, 28. April. Der Polizei ist es gelungen, den dritten der Einbrecher, die bei einem Einbruchdiebstahl ertrapt wurden und wobei einer der Diebe erschossen wurde, zu verhaften.

\* Radolfzell, 27. April. Zu den Postdiebstählen, bei denen, wie schon berichtet, dem noch unbekanntem Täter zwei Postbeutel mit einem Gesamtwert von 4500 Mk. in die Hände fielen, wird der „Fr. St.“ noch berichtet, es sei anzunehmen, daß es sich in beiden Fällen um ein und denselben Täter handelt. Da zur Ausführung des Diebstahls nur eine verschwindend kurze Zeit zur Verfügung gestanden hat und zudem die Beutel in beiden Fällen durch Pfeifasche und Kafeekorb in den Postkästen lagen, muß der Täter mit den hiesigen Postverhältnissen gut vertraut sein. Auf die Entdeckung des Diebes und die Wiederbeschaffung des Geldes hat die Postbehörde eine Belohnung von 300 Mk. ausgesetzt.

Vörsch, 28. April. Der 13jährige Tochter des Zahnarztes Hausler in Steinen ist von einem Unbekannten ein Kopf abgeschritten worden.

\* Wertheim, 25. April. In Eichel spielte ein junger Mann mit einer Patrone. Diese explodierte und verletzte ihn an einer Hand und einem Auge schwer.

#### Badischer Kinderhilfsitag für die Deutschlands-Spende für Säuglings- und Kleinkindererziehung am 5. Mai 1918.

An zahlreichen Opfertagen hat Deutschland während bald vier Kriegsjahren gewaltige Geldmittel für unsere Krieger- und Kriegsbeschädigten zusammengebracht, um damit ein Kleinas von der großen Dankeschuld abzutragen, die wir ihnen gegenüber empfinden. Wenn wieder einmal im badischen Lande der Ruf nach Wohltätigkeit ertönt, so gilt er nicht den Waffentragenden Deutschlands, sondern seinen jüngsten und zartesten Bürgern, den Säuglingen und Kindern bis zum 6. Lebensjahr. Ihnen droht die Lebensgefahr wie in keiner andern Altersklasse mehr, in Frieden gleich wie im Krieg. Das Jahr 1870/71 hat uns noch nicht ganz 40 000 Menschenleben gekostet. Wie klein erscheint diese Zahl gegenüber den Opfern, die der jetzige Weltkrieg von uns fordert, und wie klein erst gegen die Zahl der Todesfälle, die sich zwischen diesen beiden Kriegen im 1. Lebensjahre ereignen haben und die nicht weniger als 15 Millionen betragen. Die ganze Folgen schwere und Tragik dieser immer noch so hohen Säuglingssterblichkeit im deutschen Reich erhält aber erst ihre volle Eindringlichkeit, wenn man weiß, daß nach sachverständiger Berechnung und nach Vergleichen mit anderen Ländern, in denen diese Verhältnisse viel günstiger liegen als in Deutschland, und acht Millionen hätten gerettet und so vollwertigen Menschen herangezogen werden können, wäre ihnen die richtige Pflege und Ernährung zuteil geworden.

Heute kennen wir Dank den Fortschritten der medizinischen Wissenschaft die Fehler falscher Aufzucht. Aber auch die Wege, die zu einer Besserung führen können, sind uns bekannt. Wo sie geschildert wurden, wo eine systematische Fürtürge besteht, die bei der schwangeren Mutter einzusetzen hat und das Kind vom ersten Lebenstage ab dauernd begleitet, als Säugling, als Kleinkind

und in der Schule, überall dort hat es sich bewiesen lassen, daß wir mit unseren Maßnahmen auf der richtigen Bahn sind, und daß es gelungen ist, die hohe Sterblichkeit im ersten Lebensjahre vielerorts um ein beträchtliches herabzusetzen.

Aber wir sind immer noch in den ersten Anfängen. Der weitere Ausbau ist nur möglich, wenn reiche Mittel dazu zur Verfügung stehen. Zur Aufbringung von Mitteln hat sich am 21. Juni 1916 im Herrenhaus in Berlin eine vaterländische Aktion gebildet, um in ganz Deutschland Beiträge zum Schutze unserer Säuglinge und Kleinkinder zu sammeln. Die dadurch angebrachten Mittel fallen zum weitaus größten Teile dem eingetragenen sammelnden Bundesstaate wieder zu, dessen bestehende oder noch zu gründende Organisationen in ihrer Selbständigkeit in keiner Weise berührt werden sollen. Nachdem die weitaus größere Mehrzahl der deutschen Bundesstaaten zur „Deutschlands-Spende für Säuglings- und Kleinkindererziehung“ ihren Beitrag bereits erbracht hat, wird demnächst auch Baden, zwar als einer der letzten, aber, so hoffen wir, dem oft bewährten Wohltätigkeitssinn seiner Bürger entsprechend als einer der erfolgreichsten zu dem großen Liebeswerke beitragen, dessen Ertrag uns ja selbst zum Teil kommt. Die Bad. Sammlung wird in Form eines Kinderhilfsitages am Sonntag, den 5. Mai stattfinden.

#### Badens Obstreichthum.

In der Generalverammlung des Obstbauvereins Bodentes (Bezirk Stodach) wurde mitgeteilt, daß der Verein, der im letzten Herbst beim Obstabfahrgesamt als Auskäufer wirkte, an die Obstzeuger die Summe von 1 640 000 Mk. ausbezahlt und dabei den schönen Reingewinn von über 40 000 Mk. gemacht habe. Von diesem Gewinn wurden bei der letzten Kriegsanleihe 35 000 Mk. gezehnet; außerdem erhielt jedes Mitglied einen Obstbaum gratis u. auch jeder Knabe des Bezirkes, der an Ostern aus der Schule entlassen wurde, wurde mit einem Obstbaum beschenkt. Zudem sollen auch junge Leute, die Freude am Obstbau zeigen, auf Kosten des Vereins in Obstkultur geschickt werden, um dann als Baumwärter in den Gemeinden wirken zu können. Bei weiteren Verkauf der Verammlung hielt der Direktor der Geschäftsstelle der badischen Obstverorgung, Karmann aus Karlsruhe, einen Vortrag über Obstbau und Obstverorgung im Jahre 1917/18. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß Baden für weit über 100 Millionen Mark Obst erzeugte. Zugegeben wurde, daß die Ausläufer große Gewinne in die Tasche stecken, aber trotzdem beim Verladen des Obstes oftmals jede Sorgfalt außer acht lassen, so daß das Obst vielfach schwer beschädigt an den Verbraucher abgegeben werden mußte. Daß die badischen Städte in der Obstverorgung nicht vernachlässigt wurden, ergibt sich daraus, daß Karlsruhe z. B. 1000 Waggons frisches Obst erhielt, nach Freiburg wurden 600 Waggons geliefert. Große Mengen Obst wurden zu Marmelade verarbeitet. Es wurde auch angeführt, daß in diesem Jahre die Obstpreise ohne Rücksicht auf den Ausfall der Ernte eher hinauf gehen, als herunter. — Der Reingewinn von über 40 000 Mk. genügt also noch nicht, es muß noch mehr verdient werden und wenn wir erliden im Obstreichthum. Schöne Ausflüchte!

Bei der Gewinnung von Laubheu und Futtererfisch, das in erster Linie den dringenden Bedarf des Heeres decken soll, soll auch die Schuljugend herangezogen werden. In der Form von Futtererfisch kann das Laubheu der Front zugeführt werden. Bei der großen Wichtigkeit für die Salzfertigkeit des Heeres ist es sehr erwünscht, daß das Kriegswirtschaftsamt bei dieser Ergänzung der Futtervorräte des Heeres von allen Beteiligten in weitgehendem Maße unterstützt werde. Zu wünschen ist ferner, daß die großen Vorteile der sonstigen Ausnutzung der Wälder zur Futter- und Streuegewinnung überall tunlichst wahrgenommen werden. Noch vielfach bleibt das Gras auf den Waldwegen und in den Lichtungen und die sonstige Waldweide ungenützt. Zwar fehlt es häufig an Arbeitskräften, aber bei entsprechendem Zusammenarbeiten wäre vielleicht doch noch mancher Nutzen aus dem Wald zu gewinnen, um die knappen Futtermittel zu strecken.

Die Badische Gefangenenfürsorge, Freiburg i. B. schreibt an: Bei den Notkreuzstellen des badischen Landesvereins vom Roten Kreuz sollten sich jetzt die Angehörigen, welche Kriegsgefangenen in englischer Gefangenschaft haben, die heute noch in Arbeitskompanien hinter der englischen Front in Frankreich stehen oder der großen Offensiven vorgekommen sind. Manche Gefangenenkompanien sind jetzt auf englischen Boden verlegt worden. Infolge dessen ist an die Gefangenen dieser Kompanien zu reflektieren mit Herabhebung der Verpflegung z. B.:

Tho the prisoner of war

Friedrich Kaiser

Inf.-Reg. 186, 4. Komp.

Camp Pattishall

fermorch No. 98, 1. Pril. of War Camp, in France. Man werde sich an eine der Gefangenenfürsorgestellen des Bad. Landesvereins vom Roten Kreuz, an den badischen Landesverein vom Roten Kreuz, Gefangenenfürsorge Freiburg i. B. Verksobstr. 14 oder an irgend eine der Ortskreuzstufte vom Roten Kreuz. Alle sind orientiert.

Briefkastenabfuhr. In letzter Zeit ist in der Heimat von des Verbot in vermehrt Mischung von Briefkasten beobachtet worden. Für Angaben, die zur Feststellung von Täuschungen führen, so daß deren strafrechtliche Beurteilung erfolgen kann, wird vom stellv. Generalkommando des 14. Armeekorps eine Belohnung von 20 Mark gewährt.

#### Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Bürgerauschussfraktion.

(Vortrag des Stadtrates Sauer im sozialdemokratischen Verein Karlsruhe.)

(Schluß.)

Bei der Wohnungsfrage haben wir immer die Auffassung vertreten, daß die Stadt zum Eigenbau von Wohnungen übergehen müsse. Besondere Gegenliebe haben uns dabei nicht gefunden. Die Stadtverwaltung glaubt auf den privaten Hausbesitz Rücksicht nehmen zu müssen und bis zu einem gewissen Grade kann man diese Rücksichtnahme nicht von der Hand weisen. Heute liegen nun die Verhältnisse so in unserer Stadt, daß wir eine Wohnungsnot haben. Der Oberbürgermeister hat in der Bürgerauschussfraktion vom 25. Februar auf eine Anfrage mitgeteilt, was die Stadt zur Behebung der Wohnungsnot tun könne. Diese Maßnahmen können aber alle mehr oder weniger erst nach Friedensschluß in Frage. Inzwischen läuft die Wohnungsnot weiter und wird immer brennender. Der Krieg

Ausführ für Stellung genou Hauptfide E l b t h i f r e r T ä t i g k e i t e i n e i c h g e t e h a u f l e g t, B o h n u n g s f r a g e, K r i e g s a n l e i h e m e i n d e r N a m m l a n K l e i n w i r b r a u c h e n 8 K i n d e r n f o l g e h a b e n, i s o l c h e m i t 7 8 f o l c h e B o h n u n g s a n z e h l o f t z u s a m m e n g e f u m e n e i n e g r o ß e L ö s e n f i n d e n, s o h a b e n W e r t. E s w i r d G r o ß h a d t e n n e n H o c h z u g e f u n d e n B o h n p r i b a t a u c h z u e n e. D i e W e s o n d e r u n g s p e n d e f u r d e n G r u n d u n f i n a n z i e l l e n V o n w i l l e n B o h n u n g s f r a g e f i n d e n, j e B e z i e h u n g z u B e z i e h u n g z u

Der Redner unterer Stadt im Jahr 1915 die Ausgaben 18 Millionen. Von die Ausg große Steiger Eieigerung der zahlung der G Arbeiter, dann aller Material schaftlichen Be ung hat wägre ist nur zu ver unere Billigu schaftlichen Be schüsse heraus z w e n d e n. M a n a u f d e n S t a n d u n g h ä t t e b e s s e r w e s e n. A l l e m d i e l i c h e S a c h e, d i e W i n d e r d e m i t t e l e r h ö h u n g. N u n d H a u s b e s i t z f u r d u r c h a u s s c h a f t l i c h e B e d e f i n d e m i c h d e n s t i c k e r K o m m u n i k a t i o n d e r B a d e n s t a d t e n, M a ß n a h m e n u n d h a l t e n a u s d e r h e r a u s z u b r i n g e n.

Bei den Leistungen preise. Die n a h m e z u b e t r ä c h t i g s t a r k e m e n g e t r e t e n, d a ß a n a h m e B e s c h l u s s o h a l b e s d i e i n S t r a ß g e s e h e n L a g e n z u e i n z w e i f e l i g e n d i e s t ä d t i s c h e n h a b e n w i r a u c h d i e v o r g e s e h e n e r t r ä c h t l i c h e M a ß n a h m e n d e r B e w ä l d e r e r h ö h u n g z u g e l e n d e n t r e t e n, d a ß a u s s i m m e n d i r e k t w o z u m T e i l d e r z e h r e h ö h u n g g e h i e ß e n V e r h ä l t n i s s e f o, G e n s t u f u n s e r e n a c h i m s t ä d t i s c h e n p f l i c h t u n g a u f, i d e n t e n. D i e s t ä d t i s c h e n B e s o n d e r e n g e h a b t, D i e m e i s t e n 3 00 000 M k., d i e W i r k ö n n t e n u m w a c h e n. W i r e g w o r d e n i s t, d e r S e g a b t w e r d e n u n d f u r n e u e L ö s u n g e n a b e r w e i l K r i e g e n a c h a l l e d a ß d i e s e r A u s s e s n o c h m i t u n g e n d e V e r b i n d u n g e n, w i r h a b e n u n d E g g e n t e i n d e n i s t e i n N o t d i e V e r b i n d u n g i s t s e h r m a n g e l



ausdrück für Konjunktur-Interessen hat auch zur Wohnungsnot Stellung genommen. Er will diese wichtige Frage dadurch in der Hauptsache lösen, indem man die Mieter auf den Weg der Selbsthilfe verweist. Alle Achtung vor der Selbsthilfe und der Tätigkeit der bestehenden Mieter- und Bauvereine; allein ich bin mit dem Oberbürgermeister der Meinung, daß auf diesem Wege die Wohnungsfrage nicht gelöst werden kann. So wie die soziale Versicherung, muß auch die Wohnungsfrage auf reichsgesetzlichem Wege gelöst werden, sofern man Wert darauf legt, eine gesunde Bevölkerungspolitik zu treiben. Um die Wohnungsfrage zu lösen, müssen Milliarden in der Höhe einer Kriegsanleihe zur Verfügung gestellt werden. Heute wird allgemein der Ruf nach Kleinwohnungen erhoben. Warum will man Kleinwohnungen? Weil sie billig sind. Ich aber sage, wir brauchen kleine und große Wohnungen. Eine Familie mit 3 Kindern sollte mindestens eine Wohnung von 3 Zimmern mit Küche haben, eine Familie mit 5 Kindern 4 Zimmer und eine solche mit 7 Kindern 5 Zimmer. Wer kann sich heute aber eine solche Wohnung leisten? Es ist traurig, daß Familien mit großer Kinderzahl oft in 3 Zimmern, manchmal sogar in zwei Zimmern zusammengepfercht sind, bloß deshalb, weil sie mit ihrem Einkommen eine größere Wohnung nicht mieten können. Die Wohnungsfrage lösen heißt auch die Preisfrage lösen. Geschickt das nicht, so haben alle schönen Worte über Bevölkerungspolitik keinen Wert. Es wird auch so viel vom Flachbau gesprochen, in den Großstädten wird man schon aus räumlichen Gründen nicht auf den Hochbau verzichten können. Daß auch im Hochbau gute und gesunde Wohnungen erstellt werden können, beweist neben der privaten auch die Tätigkeit des Mieter- und Bauvereins in Karlsruhe. Die Wohnungsfrage kann vom Standpunkt einer gefundenen Bevölkerungspolitik nur vom Reich gelöst werden. Einmal muß der Grund und Boden verstaatlicht werden, zweitens müssen die finanziellen Mittel durch das Reich beschafft werden und drittens müssen Wohnungen für arbeitslose Familien zur Verfügung gestellt und die Preise so festgesetzt werden, daß diese auch in der Lage sind, je nach Größe der Familie ausreichende Wohnungen beziehen zu können.

Der Redner wandte sich hierauf der Finanzwirtschaft unserer Stadt zu. Die voranschlagsmäßigen Einnahmen betragen im Jahr 1915 rund 7 Millionen, im Jahre 1918 rund 8 Millionen, die Ausgaben im Jahre 1915 12 1/2 Millionen, im Jahre 1918 rund 18 Millionen. Daraus ergibt sich, daß die Einnahmen um 1 Million, die Ausgaben dagegen um 5 1/2 Millionen gestiegen sind. Die große Steigerung in den Ausgaben ist vor allem auf die erhebliche Steigerung der Ausgaben für Gehälter und Löhne, auf die Fortzahlung der Gehälter und Löhne an die einberufenen Beamten und Arbeiter, dann aber auch auf die enorme Steigerung der Preise aller Materialien, welche die Stadt für ihre Verwaltung und wirtschaftlichen Betriebe benötigt, zurückzuführen. Eine Umlageerhöhung während der ganzen Kriegszeit nicht stattgefunden. Sie ist nur zu vermeiden gewesen durch verschiedene Maßnahmen, die unsere Billigung fanden. Insbesondere wurde versucht, aus den städtischen Betrieben zu sparen, zurückzuführen. Eine Umlageerhöhung hätte herauszubolen und diese für die Allgemeinheit zu verwenden. Man kann darüber verschiedene Meinungen sein und sich auf den Standpunkt stellen, daß die Fraktion eine Umlageerhöhung hätte befürworten sollen, weil sie schließlich doch kommen muß. Allein die Erhöhung der Umlage ist immerhin eine bedeutende Sache, die man vermeiden soll, so lange es geht. Auch die Kinderbewilligungen sind nicht gerade erbaut von einer Umlageerhöhung. Auch wirkt die Erhöhung der Umlage für den Grund- und Hausbesitz indirekt auf den Mieter zurück. Ich halte es für durchaus unbedenklich, daß man die Umlageerhöhung aus den wirtschaftlichen Betrieben für die Allgemeinheit verwendet und besinne sich damit in voller Übereinstimmung verschiedener sozialistischer Kommunalpolitiker. Es wurden die Gebühren für die Benutzung der gemeinnützigen Anstalten erhöht, wie Krankenhaus, Badeanstalten, Stadtpark, außerdem die Bestattungsgebühren. Diese Maßnahmen wurden ergriffen, um die Zuschüsse, welche diese Anstalten aus der Stadtkasse brauchen, auf ein erträgliches Maß herabzubringen.

Bei den wirtschaftlichen Betrieben wurden die Preise für die Leistungen erhöht, zunächst die Gas- und Strompreise. Diese Maßnahmen sind als eine Kriegsnotsmaßnahmen zu betrachten und war schon mit Rücksicht auf einen möglichst sparsamen Verbrauch nicht zu umgehen. Wir sind dafür eingetreten, daß alljährlich erneut über das Fortbestehen dieser Maßnahmen Beschluß gefaßt werden muß, und werden dafür eintreten, so bald es die Verhältnisse gestatten, daß wieder die alten Preise in Kraft gesetzt werden.

Nicht so einfach, wie bei der Erhöhung der Gas- und Strompreise lagen die Verhältnisse bei der Tarifserhöhung für die städtischen Straßenbahnen. Auch dieser Erhöhung haben wir zugestimmt. Wir haben uns lediglich dazu beschränkt, die vorgesehenen erhöhten Preise für die Wochentage auf ein erträgliches Maß herabzusetzen. Man hat es vielfach in den Kreisen der Bevölkerung nicht verstehen können, daß wir der Tarifserhöhung zugestimmt haben. Es ist immer noch die Auffassung vertreten, daß die Sozialdemokraten überhaupt keiner Erhöhung zustimmen dürfen. Man hat auf die anderen Städte hingewiesen, wo zum Teil die sozialdemokratischen Fraktionen gegen die Tarifserhöhung gestimmt haben. Für uns können jedoch nur die städtischen Verhältnisse in Betracht kommen. Hier liegen die Verhältnisse so, daß es in der Hauptsache nur dem entscheidenden Einfluß unserer Fraktion zu danken ist, wenn die Straßenbahn noch im städtischen Besitz ist. Das legt uns aber auch die Verpflichtung auf, diesem Betriebe unsere größte Aufmerksamkeit zu schenken. Die Rentabilität unserer Straßenbahn steht, seit sie in städtischem Besitze ist, auf schlechten Füßen. Wir haben zwar Jahre gehabt, wo ein Uberschuß bis 100 000 Mark erzielt wurde. Die meisten Jahre dagegen brachten Defizits und zwar bis zu 200 000 Mark, die aus der Stadtkasse zugeflossen werden mußten. Wir könnten uns die Begründung für unsere Zustimmung leicht machen. Wir brauchen nur darauf hinzuweisen, daß alles teurer geworden ist, daß Löhne und Gehälter gestiegen, zum Teil doppelt bezahlt werden müssen, daß die Wagen zusammengefahren sind und für neue Wagen enorme Preise bezahlt werden müssen. Wir gehen aber weiter und sagen, daß unsere Straßenbahn nach dem Kriege nach allen Richtungen hin ausgebaut werden muß und daß dieser Ausbau außerordentlich viel Geld kostet. Schlimm steht es noch mit unserem Vorortverkehr. Wir haben eine sehr ungenügende Verbindung mit Weierheim, von Wulach gar nicht zu reden, wir haben keine Verbindung mit den Hardtorfen Neurent und Eggenstein, keine nach Amlingen; der Verkehr mit Daglanben ist ein Notbehelf und kann nicht befriedigen. Weiter fehlt die Verbindung mit Rintheim. Auch der Verkehr mit Hagfeld ist sehr mangelhaft. Sie sehen also, daß wir uns von weitaus-

schauenden großen Gesichtspunkten haben leiten lassen. Ob der jetzige Tarif Dauerzustand bleibt, kann heute noch nicht entschieden werden, meine Meinung geht jedoch dahin, daß der 15-Pfennig-Tarif beizubehalten ist, schon deshalb, weil die Einnahmen aus den Einfahrtskarten den größten Teil aller Einnahmen überhaupt ausmachen. Dagegen wäre dahin zu wirken, daß durch Einführung billiger Fahrkarteinheits- und billiger Wochen- und Monatskarten der Bevölkerung die Benutzung der Straßenbahn erleichtert wird, wobei darauf zu achten ist, daß alle Vororte gleichmäßig behandelt werden.

Im Zusammenhang damit kam Redner noch auf die Gründung der Mittelbadischen Elektrizitäts-Gesellschaft zu sprechen, die im Landtage sehr ausführlich behandelt worden ist und zu dem Beschluß geführt hat, daß der Staat die Versorgung der Gemeinden mit Elektrizität selbst übernehmen soll. Da auch unsere Genossen im Landtage für diesen Beschluß gestimmt haben, so stehen sie im Widerspruch zu unserer Stellung im Bürgerausschuß. Wer hat nun recht? Schon im Jahre 1913 wurde dem Bürgerausschuß eine Vorlage zugelegt, wonach eine Eisenbahngesellschaft gegründet, die auch die Elektrizitätsversorgung für Karlsruhe und Umgebung übernehmen sollte. Diese Vorlage wurde bekanntlich abgelehnt und es trat sofort die Frage auf, was soll nun mit der Elektrizitätsversorgung außerhalb Karlsruhe geschehen? Soll die Stadt ruhig zusehen, was vor ihren Toren vor sich geht oder soll sie sich an der Elektrizitätsversorgung in der näheren und weiteren Umgebung der Stadt beteiligen? Die letztere Frage wurde von uns unter gewissen Voraussetzungen bejaht. Nun wurde in Gemeinschaft mit den Städten Bruchsal und Kastatt und mit zwei Privatgesellschaften, die „Mittelbadische Elektrizitätsgesellschaft“, gegründet in der Form, daß Karlsruhe in Verbindung mit den beiden anderen Städten die Mehrzahl der Aktien im Besitz hat. Uns wäre es auch lieber gewesen, man hätte die Sache allein mit den Gemeinden machen können. Aber bei der Rücksichtlosigkeit der Gemeindeverwaltungen, die wir in Mittelbaden haben, war es unmöglich, sie alle unter einen Hut zu bringen. Es war ohnehin schon schwer genug, mit den beiden beteiligten Städten ins Reine zu kommen. Dann wollte man sich auch die Erfahrungen der Privatgesellschaft nutzbar machen.

Durch den Beschluß des Landtags, der dadurch zustande kam, weil die bürgerlichen Fraktionen von dem einen Extrem in das andere verfallen sind, soll die jahrelange Mühe und Arbeit, die die Gesellschaft zustande zu bringen, zu nichts gemacht werden. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn die Regierung diesem Beschluß des Landtags die Zustimmung verweigern würde.

Zum Schluß belohnte der Redner, daß mit Obigem das Gebiet unserer kommunalpolitischen Tätigkeit keineswegs erschöpft ist, da wichtige Gebiete, wie die Schulfrage, das Armenwesen und die sonstige soziale Fürsorge aus dem Bereich der Betrachtungen gelassen ist. Das kann später einmal nachgeholt werden. Jedenfalls können wir, wenn einmal unsere feldgrauen Genossen zurücktreten, vor sie hintraten mit dem Bewußtsein, unsere Pflicht erfüllt zu haben. Sache der Parteigenossen ist es, an dem Aufbau der Organisation mitzuwirken, damit wir unseren Einfluß stärken und die Interessen des arbeitenden Volkes nach dem Krieg in noch wirksamere Weise als bisher vertreten können. Leb. Beifall.)

### Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 29. April.

#### Die Wohnungsfrage.

\* Die Gewerkschaftsverbände aller Richtungen, der Verband der Beamten- und Lehrervereine Badens und verschiedene andere Verbände haben an den Landtag eine Eingabe gemacht, in der im Anschlusse an eine Petition vom 29. November auf dem Gebiete der Wohnungswezens neue Forderungen erhoben werden. So wird eine Wohnungsfürsorge verlangt, die sofort einleiten soll, ferner die Anmerkung des Enteignungsgesetzes nach dem Vorschlage des Landeswohnungsvereins. Dann wird Stellung genommen gegen die Erhöhungen der Fahrpreise der Straßenbahnen und der Vorortbahnen. Für das Bürgerausschussmitglied wird verlangt, daß nicht der geforderte, sondern der fünfjährige Betrag verbürgt werden darf. Bei dem Baubund soll sich der Staat statt mit 100 000 Mark mit 1 Million Mark beteiligen. Die Mietseignungsämter sollen weiter ausgebaut werden; insbesondere sollen Vergleiche vollstreckbar werden. Die Schaffung eines hiesigen Kriegserheimatungsgesetzes wird empfohlen. Im Obdualogist ist zu verhindern, soll die Verordnung des Generalkommandos 14. A. R. vom 13. Juni 1917 allgemein zur Anwendung kommen, wonach Eigentümer, Mieter und Verwalter von Häusern in Notfällen behördlich gezwungen werden, die ihnen zugewiesenen Personen mit ihrer Habe aufzunehmen. Gegebenenfalls sollte ein Notgesetz geschaffen werden. Für größere und mittlere Gemeinden sollen Wohnungsamter errichtet werden. Für das ganze Land soll ein staatliches Wohnungsamt (Ausson der Groß- Wohnungsinspektion) an das Ministerium des Innern angegliedert werden. Eine planmäßige Gesetzgebung soll zur Regelung der Wohnungsfrage durchgeführt werden. Endlich sollen Möbel bereitgestellt und die öffentliche Bewirtachung gebrauchter Möbel durchgeführt werden.

#### Zur Landtagerversammlung im 43. Kreis.

\* Der „Beobachter“ drückt ebenfalls die Auslassung der nationalliberalen Blätter ab und schreibt:

„Wir wissen nicht, ob damit verächtet werden soll, die Frage einer ersten Gegenkandidatur gegenüber der sozialdemokratischen aufzuwerfen. Sowie wir uns erinnern, besteht indes seit 1915 ein Uebereinkommen der Parteien, das während des Krieges den Bestehenden der einzelnen Parteien für den Fall von Ertragswahlen anerkennt. Unseres Erachtens liegen bei der Karlsruher Ertragswahl keine Gründe vor, die ein Abweichen von diesem Abkommen rechtfertigen könnten.“

\* Margjeier. Die am nächsten Sonntag, 5. Mai, im Kolosseumsaal stattfindende Karl Marx-Feier verpricht eine eindrucksvolle Gedenkfeier unseres großen Vorkämpfers zu werden. Die Gedächtnisrede wird Stadtrat Dr. Dieck halten, der ein ausgezeichnete Marxkenner ist. Die Feier wird durch Vorträge der vereinigten Arbeitergefangenenvereine unternommen werden. Die Parteigenossen werden gut tun, sich bei Zeiten mit Eintrittskarten, welche zum Preise von 10 Pf. in den bekannt gegebenen Stellen zu haben sind, zu versehen.

Kum Gedenkwort über die allgemeine Fortbildungsschule. Der Stadtrat stimmte einer gemeinsamen Vorstellung der Städte der Städteordnung an die Gr. Regierung und die Landtage zu, worin eine Aenderung des Entwurfs in folgenden zwei Punkten beantragt wird:

1. Nach der Fassung des Entwurfs (§§ 13 und 15) ist die Einführung des Religionsunterrichts grundsätzlich der ortstatutarischen Bestimmung vorbehalten. Erweitert aber die Gemeinde durch ortstatutarische Bestimmung die Zahl der Wochenstunden auf mehr als 4 oder (für Knaben) 5, so muß sie Religionsunterricht einrichten. Diese Gestaltung der Bestimmungen erscheint nicht folgerichtig und auch insofern bedenklich, als sie Gemeinden, welche keinen Religionsunterricht in der Fortbildungsschule wünschen, von der Unterrichtsweiterung abhalten, ja sie zu einer Einschränkung der schon bestehenden größeren Wochenstundenzahl veranlassen könnte. Sie schlägt daher vor, im Gesetz bestimmt zum Ausdruck zu bringen, ob der Religionsunterricht ein Pflichtfach sein oder seine Einrichtung ins Ermessen der Gemeinde gestellt werden soll.

2. Nach § 29 des Entwurfs sollen die Städte der Städteordnung die gesamten Kosten des Fortbildungsunterrichts tragen, während nach § 28 alle übrigen Gemeinden zu den Aufwendungen für die Lehrer lediglich bestimmte Beiträge an die Stadtkasse zu leisten haben. Ein sachlicher Grund für diese unterschiedliche Behandlung ist in der Begründung des Gesetzesentwurfes nicht angeführt, auch wohl nicht zu finden. Es wird daher Streichung des § 29 und Gleichstellung aller Gemeinden, auch hinsichtlich der Aufbringung der Kosten der Fortbildungsschule beantragt.

Handlappelspigen- und Holzarbeiten-Ausstellung. Auf Veranlassung des Ausschusses für Kriegshilfe der Sächsl. Amtshauptmannschaft Schwarzenberg, dem Hauptplatze der Spießklöppelei, veranstaltet die Firma Geschwister Knopp wieder eine Ausstellung erzegebirgischer Handlappelspigen und Decken im Lichthof des Hauses. Mit dieser Ausstellung ist ein Verkauf verbunden. Der Erwerb der schönen und geschmackvollen Arbeiten, die sich auch besonders zu Geschenkzwecken eignen, ist eine wirksame Kriegshilfe für die armen Klöpplerinnen des Erzgebirges. Auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge wird außerdem eine Ausstellung von Holzarbeiten (praktische Gegenstände und Spielwaren) gezeigt, die von unseren Internierten in der Schweiz angefertigt worden. Der Vertrieb dieser Arbeiten geschieht durch die Kaiserliche Gefangenschaft in Bern. Der Ausstellung ist im Interesse des guten Zweckes ein voller Erfolg zu wünschen. (Siehe Anzeige.)

Postspargel und Rädchen über 50 Gramm (Kundsparte) an Heeresangehörige im Westen sind von jetzt an wieder allgemein zur Beförderung zugelassen.

Gefallen. Der in Partei-, Gewerkschafts- und Arbeiterkreisen bestens bekannte Genosse Adolf Palmer, Radler, ist nun nach 3 1/2jähriger Pflichtenleistung ein Opfer des Völkerringes geworden. Als Mitglied der Verwaltung des „Sängerbundes Vorwärts“ gehörte er bis zum Ausbruch des Krieges dem Sängerkorps sowie dem deutschen Arbeiter-Sängerbund „Gau Baden“ als Vertreter der Verwaltungen an. Durch seinen laienhaften Charakter und allgemeine Beliebtheit wird ihm in hiesigen Arbeiterkreisen und besonders im Sängerbund „Vorwärts“ ein ehrendes Andenken bewahrt bleiben.

Berufswahl der Schülerinnen der höheren Schulen. Man schreibt uns: Reifliche Ueberlegung erfordert die Berufswahl der Schülerinnen der höheren Schulen. Es handelt sich um eine längere Ausbildungszeit und um höhere Ausbildungskosten. Allgemein wichtig ist es, den Beruf herauszufinden, in dem das junge Mädchen seinen Fähigkeiten und seiner weiblichen Eigenart entsprechend sich auswirken kann. Die hauswirtschaftliche Ausbildung darf ebenfalls nicht vernachlässigt werden. Alle diesbezüglichen Fragen wollen die Beratungsstellen des Nationalen Frauenbundes und des katholischen Frauenbundes mit der größten Gewissenhaftigkeit kostenlos beantworten helfen. Die Sprechstunden des Nationalen Frauenbundes, Jähringerstr. 100, sind Dienstag und Freitag von 3-5 Uhr, und die des katholischen Frauenbundes, Blumenstr. 3, Montag und Freitag von 5-7 Uhr.

Fabrikant Josef Krapp, Inhaber des Spezialgeschäftes für Beton- und Eisenbetonbau und Asphaltierungen vorm. Martenstein u. Josefang konnte sein 40jähriges Geschäftsjubiläum begehen.

Gr. Hoftheater. Bei der Aufführung des Dramas „Die Hermannschlacht“ von Heinrich von Meißt am heutigen Montag, 29. April, wird Herr Paul Becker den Hermann spielen.

Vortragszyklus „Die neuere Dichtung“. Im Konzerthaus wird in den nächsten Wochen ein Vortragszyklus aus Werken neuerer Dichter veranstaltet. Der erste Abend bringt in rezitatortischer Wiedergabe eine Auswahl aus den Werken von Werfel, Loeble, Brod, Sternheim und Däubler. Für die darauffolgenden Abende ist geplant, die Dichter selbst aus ihren Werken vorlesen zu lassen. Ewald Schindler vom Stadttheater in Bremen — von seiner früheren Tätigkeit am Hoftheater hier bekannt und geschätzt — hat sich für die Rezitation des ersten Abends zur Verfügung gestellt. Der erste Abend findet am Freitag, den 17. Mai, 1/8 Uhr, im kleinen Saal des Konzerthauses statt.

Der Karlsruher Lieberkrantz veranstaltet am Freitag, den 10. Mai im kleinen Saal des Stadt. Konzerthauses ein Frühjahrskonzert, verbunden mit der Hebelfeier. Als Solistin ist Frau Emma Ziegler gewonnen, Herr Stadtpfarrer Hindenlang wird das Gedächtnis Hebels feiern. Näheres wird noch bekannt gegeben.

Selbstmord. Aus noch unbekanntem Beweggrund hat sich heute früh 3.50 Uhr ein Mädchen von hier im Mittelboden des hiesigen Rheinhafens ertränkt. Die Leiche konnte heute früh 1/7 Uhr gelandet werden.

Selbstmordversuch. Gestern abend trank eine am Lindenplatz wohnende Fabrikarbeiterin in selbstmörderischer Absicht eine giftige Flüssigkeit und mußte mit dem Krankenwag ins Stadt. Krankenhaus verbracht werden.

Unfall. Am Samstag vormittag sprang eine Straßenbahnschaffnerin vor dem Hauptbahnhof hier von einem fahrenden Straßenbahnwagen ab, blieb mit ihren Kindern am Wagen hängen, wurde zu Boden gestürzt und am Hinterkopf sowie an den Füßen erheblich verletzt.

#### Wasserstand des Rheins.

29. April.

Schutterinsel 1,20 Meter, gef. 7 Zentimeter; Neßl 2,20 Meter, gef. 2 Zentimeter; Magan 3,52 Meter, gef. 2 Zentimeter; Mannheim 2,94, gef. 7 Zentimeter.



### Soziale Rundschau.

#### Das Versicherungsgeschäft der Volksfürsorge im Jahre 1917.

Der gesamte Jahreszugang an abgeschlossenen Versicherungen betrug nach den vorläufigen Feststellungen bis Ende 1917 41 742 mit 10 195 742 Mk. Versicherungssumme, der gesamte Abgang 6248 Versicherungen mit 1 507 111 Mk. Versicherungssumme, so daß sich mit dem Bestande vom Vorjahr am 31. Dezember 1917 ein Gesamtversicherungsbestand von 227 183 Policen lautend auf 37 156 660 Mk. Versicherungssumme ergibt. Davon waren Kapitalversicherungen 157 056 mit 34 582 821 Mk. Versicherungssumme, Sparversicherungen 68 358, auf die 2 065 089 Mk. eingezahlt waren, und 1780 Risikoversicherungen, durch die 478 750 Mark versichert sind.

Bei dem Abgange kommen in Betracht: 1056 Sterbefälle, 451 Rückläufe, 3181 Umwandlungen und 660 Nichteinlösungen. Vergütungsloser Verfall ist bei der Volksfürsorge im Interesse der Versicherten ausgeschlossen.

### Aus aller Welt.

**Ein Fährnglück auf dem Neckar.** Als gestern Nachmittag gegen 1/2 6 Uhr ein in der Nähe der Sammerschmiede in Ehlingen gehaltenes Fußballspiel beendet war, dem eine große Menschenmenge als Zuschauer beigewohnt hatte, wollten sich viele Personen mit der Fähre über den Neckar nach Obereisingen übergeben lassen. Bei einer dieser Überfahrten kippte das angefüllte mit mehr als 60 meist jugendlichen Personen besetzte Fahrzeug nahe dem Obereisinger Ufer um. Die Insassen stürzten sämtlich ins Wasser, viele konnten sich selbst retten, andere wurden von am Ufer Stehenden oder in Nachen fahrenden Personen in Sicherheit gebracht. Das Unglück forderte aber auch

vieler Opfer. Eine große Zahl Personen, deren genaue Ziffer noch nicht festgestellt ist, wird vermißt. Man spricht von 15 bis 20 Personen. Die Fähre darf ordnungsgemäß von bis 60 Personen besetzt sein. Ob und um wie viel diese Zahl überschritten wurde, bedarf ebenso, wie die Frage nach den näheren Umständen überhaupt noch der Untersuchung. Die Fähre wird von einer Turbine von einer nahe dem Ufer gelegenen Station aus getrieben. Eine Aufsicht pflegt sich in der Fähre nicht zu befinden. Bisher wurden drei Tote geborgen.

**Bestätigung des Todesurteils gegen den Mauthörder Gebhard.** Zum Todesurteil des landrechtlichen Gerichts Zweibrücken vom 18. Februar ds. Js. gegen den Schuhfabrikanten Otto Gebhard aus Birmasens ist der „Ff. R.“ zufolge nunmehr die erforderliche Entscheidung des bayerischen Justizministeriums ergangen, welche auf Bestätigung des Todesurteils lautet, das durch die Entscheidung des bayerischen Justizministeriums vom 2. Juni v. Js. zu Birmasens den Charlottenburger Lederhändler Walter Löwenhal ermordet und beraubt. Sein Vater Heinrich Gebhard war wegen Weisheit hierzu mit 5 Jahren Zuchthaus bestraft worden, die er zurzeit im Zuchthaus Straßburg verbüßt. Die geraubte Summe von rund 40 000 Mark ist bis heute noch nicht aufgefunden worden.

**Nach in die Höhe.** Der sächsische Tenor des Hamburger Stadttheaters Karl Günther ist von 1920 ab dem Berliner Königl. Opernhaus verpflichtet worden. Günther, der erst kurze Zeit der Bühne angehört, war Verstarbeiter im Hamburger Hafen, als seine Tenorsstimme entdekt wurde.

**Teures Wasser.** Einem Schankwirt in Berlin wurden kürzlich drei Fässer Spiritus angeboten. Da die Proben gut ausfielen, zahlte der Gastwirt anstandslos die verlangte Anzahlung von vierzigtausend Mark. Bei Untersuchung der Fässer stellte sich aber heraus, daß sie mit Wasser gefüllt waren. Der

Verkäufer ist mit den 40 000 Mk. verschwunden, ohne daß es bisher gelungen ist, ihn aufzufinden.

**Deutsche Gemäldeausstellung in Konstantinopel.** Am Donnerstag fand die Eröffnung der Ausstellung von Gemälden und kunstgewerblichen Gegenständen Münchener Künstler, die unter dem Protektorat des Kronprinzen Ruprecht von Bayern steht, statt. Der Eröffnung wohnte auch der deutsche Botschafter Graf Bernstorff bei. Der Sultan erwarb ein Bild des Königs von Bayern von Walther Friele.

**Gefangenentransporte eine Gefahr für die Bevölkerung.** Am Mittwochabend sind in Magdeburg zwei Kinder durch die Schüsse eines Militärgefangenentransporteurs, die dieser auf einen entweichenden Gefangenen abgab, schwer verletzt worden, eines der Kinder ist inzwischen verstorben. Am gleichen Tage sind auch in der Nachbarstadt Schönebeck auf einen flüchtigen Soldaten von seinem Begleiter fünf Schüsse abgegeben worden, durch die jedoch glücklicherweise kein Unheil angerichtet worden ist. Anlässlich des traurigen Falles in Magdeburg fordert die gesamte dortige Presse, daß bezügliche Gefangenentransporte künftig in einem Wagen geschehen sollen. — Dieser Wunsch ist nur zu berechtigt, zumal die Schießerei auf den Straßen schon an verschiedenen Orten, u. a. auch in Berlin, Unheil angerichtet hat.

**Erdbeben.** In der ganzen Nordost- und Südbühweiz wurde am Mittwoch Nachmittag ein starkes Erdbeben verspürt.

**Verantwortlich:** Für den redaktionellen Teil Hermann Rabat, für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

### Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

**Badischer Landesverein vom Roten Kreuz**  
Gemeindehaus der Weststadt, Blücherstraße 20  
**Wiederholung**  
Donnerstag den 2. Mai 1918, abends 7 Uhr  
Zugunsten erblindeter Krieger  
**KATTE** Schauspiel von Hermann Burtz  
Musikalische Vorspiel und Bühnenmusik von Dr. Emil Alfred Hermann  
Musikalische Leitung: Max Schlager.  
Dargestellt von Primanern und Schülern höherer Lehranstalten.  
Karten zu Mk. 3.—, 2.—, 1.— in der Hofmusikalienhandlung  
Der Reinerlös fließt dem Badischen Heimatbank zu.

**Daniels Konfektionshaus**  
Wilhelmsrasse 34, 1 Tr. Regenhautmäntel  
Mk. 42.00 an, Seiden- und Moiréjacken Mk. 42.00 an, Seidenröcke Mk. 59.00 an, Seidenblusen Mk. 22.75 an, Seidenkleider Mk. 130 an, Seidenmäntel Mk. 72.75 an, Angetriebte Voileblusen u. Kleider sehr vorteilhaft. — Frühjahrspelze. — Keine Ladenspesen. 3333

**Kommunalverband Karlsruhe-Stadt**  
**Höchst- u. Richtpreise**  
gültig für den Verkauf auf den Märkten und in den Verkaufsgeschäften hiesiger Stadt in der Zeit vom 29. April bis 5. Mai 1918 einschl.  
**Gemüse:**  
Winterkohl . . . . . 1 Pfund 20 Hfg.  
Wirtling . . . . . 1 " 30 " "  
Spinat . . . . . 1 " 32 " "  
Schwarzwurzeln . . . . . 1 " 80-90 " "  
Karotten, kleine runde, . . . . . 1 " 20 " "  
längliche . . . . . 1 " 12 " "  
Speisebohnen, rot . . . . . 1 " 12 " "  
gelb . . . . . 1 " 8 " "  
Rüben, rote . . . . . 1 " 20 " "  
weiße . . . . . 1 " 4 " "  
Boden-Kohlrabi . . . . . 1 " 8 " "  
Kopfsalat aus Treibhäusern . . . . . 1 Stück 35-40 " "  
Kopfsalat aus dem Freiland . . . . . 1 " 15-20 " "  
Feldsalat . . . . . 1 Pfund 40 " "  
Kreissalat . . . . . 1 " 80 " "  
Lattich . . . . . 1 " 80 " "  
Sellerie . . . . . 1 " 50 " "  
Rauk . . . . . 1 " 40 " "  
Petersilie . . . . . 1 " 40 " "  
Kerbel . . . . . 1 " 40 " "  
Radieschen . . . . . 1 Bund 10-12 " "  
Doppelbunde . . . . . 1 " 25-30 " "  
Fischapfen . . . . . 1 " 12-15 " "  
Spargeln I . . . . . 1 Pfund 80 " "  
II . . . . . 1 " 60 " "  
III . . . . . 1 " 45 " "  
Rhabarber . . . . . 1 " 18 " "  
Mangold . . . . . 1 " 20-25 " "  
Schmittkohl . . . . . 1 " 30 " "  
An allen Waren sowohl auf den Märkten wie in sämtlichen Verkaufsstellen sind die Preise in deutlich sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen.  
Das Zurückhalten angebotener Waren ist verboten. Jede Ware, die auf dem Wochenmarkt ist, muß von Beginn und während der ganzen Dauer desselben im Kleinen an jedermann abgegeben werden.  
Karlsruhe, den 26. April 1918. 3333  
Preisprüfstelle für Marktwaren.

**Arbeiter**  
auch Kriegsinvaliden zur Anfertigung von Bindegewandteilen in Akord sofort gesucht.  
**Friedr. Chr. Kiefer,**  
Karlsruferstr. 4. 3340

**Sängerbund „Vorwärts“ Karlsruhe.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß uns in letzter Zeit durch das blutige Völkerringen wiederum folgende treue und liebe Mitglieder entzogen wurden:  
**Adolf Ballmer, Lakier**  
**Josef Kösel, Hilfsarbeiter.**  
Wir bedauern den Verlust dieser treuen Mitglieder und werden denselben ein ehrendes Andenken bewahren.  
Der Vorstand.  
Insgesamt beklagen wir den Verlust von 29 Mitgliedern. 3342

**Mandolinen, Zithern, Ziehharmonikas, Laute**  
An u. Verkaufsgeschäft, Marktsegrstraße 22.  
**Aufpolstern**  
v. Betrüben, Matratzen, Divans und Kanapés usw. besorgt 3345  
Polsterei Köhler, Schützenstr. 25.

**Colosseum Karlsruhe.**  
Waldstrasse 16/18.  
Direktion: Gust. Kiefer. Telefon 1988.  
Ab Donnerstag, den 2. Mai, abends 8 Uhr  
**Gastspiel d. Frankl. Intimen Theaters Trocadero**  
mit glänzendem Programm.  
An Sonn- und Feiertagen 2 Vorstellungen.  
Darstellende Kräfte:  
Stella Joulotte, moderne Kunsttänze. — **Seppi Mauermeier**, Münchener Komiker. — **Lulu Textor**, Coloratur- und Liedersängerin. — **Tessa Vilga**, Liedersängerin. — **Robert v. Bartani**, Humorist und Conférencier. — **Ernst Ewald**, Sänger zur Laute und Karrikaturzeichner. — **Du-Du**, Tanzduett. — **Luisa Systra**, Vortragskünstlerin. — **Die 5 Lorrys**, Tanzakt.  
Preise der Plätze: Klappsitze Mk. 2.50, numerierter Platz Mk. 2.—, I. Platz Mk. 1.50, II. Platz Mk. 1.—, III. Platz Mk. —.50. 3336

**Bekanntmachung.**  
Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betreffend.  
Die Ziehung der 5. Klasse der 11. Preussisch-Süddeutschen (237. Königl. Preussischen) Klassenlotterie wird nach planmäßiger Bestimmung vom 7. Mai bis 3. Juni 1918 stattfinden.  
Die planmäßige Erneuerung der Lose 5. Klasse hat bis spätestens **Mittwoch, den 1. Mai ds. Js., abends 6 Uhr**, bei den zuständigen Großb. Badischen Lotterieträgern zu erfolgen, die auch Kauflose abgeben.  
Karlsruhe, den 26. April 1918. 3334  
**Großb. Landeshauptkasse**  
als Landesbehörde für die staatliche Klassenlotterie.

**Bekanntmachung.**  
Die Auszahlung der Kriegsunterstützungen für die 1. Hälfte des Monats Mai 1918 findet nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweisarten an folgenden Tagen statt:  
D. 3. 1 bis mit 2900: Mittwoch, den 1. Mai 1918,  
2901 " " 5800: Donnerstag, den 2. Mai 1918,  
5801 " " 8700: Freitag, den 3. Mai 1918,  
8701 " " 11600: Samstag, den 4. Mai 1918,  
11601 " " Schluß: Montag, den 6. Mai 1918,  
jeweils vormittags von 8 bis 1/2 1 Uhr und nachmittags 1/2 3 bis 6 Uhr im großen Rathhauseaal.  
Im Interesse einer geordneten und raschen Abwicklung des Auszahlungs geschäfts muß dringend darauf bestanden werden, daß die Bezugsberechtigten die vorgeschriebene Reihenfolge genau einhalten.  
Karlsruhe, den 28. April 1918. 3332  
Das Bürgermeisteramt.

**Das Verbot wieder aufgehoben!**  
**Frieden der Verständigung.**  
Reichstagsrede von Ph. Scheidemann.  
Preis 10 Hfg. (Porto 3 Hfg.)  
Buchhandlung Volksfreund, Luisenstr. 24  
Telephon 128.

**Gemüsefetzlinge**  
von Weißkraut, Rotkraut, Wirtling, Blumenkohl, Karotten und Mangold werden abgeben nachmittags von 3-6 Uhr, Ettlingerstr. 6. 3338  
Stadt. Gartenamt.

**Berufsberatung für Mädchen und Frauen.**  
Sprechstunden: 3341  
**Nationaler Frauendienst**  
Jägerstraße 100, Dienstag u. Freitag 3-5 Uhr  
**Katholischer Frauenbund**  
Blumenstraße 3, Montag u. Freitag 5-7 Uhr.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.**  
Eheschließung. Dr. Ernst Reunold von Dätwil, prakt. Arzt, alda, mit Agnes Wunderlich von hier.  
Geburten. Paula Hildegard, B. Friedr. Seiter, Wirt. Alfred Adolf Heinrich Hermann, B. Dr. Franz Heinsheimer, Landgerichtsrat. Wilhelm, Johann, B. Wilhelm Poggensee, Schneidermeister. Aloja Luise, B. Hermann Wallenmayer, Schneider. Josef Gerber, Karl, B. Adolf Weigel, Opernjäger. Dorothea Anna Elisabeth, B. Theodor Reiback, Geh. Oberbaurat, Professor an der Techn. Hochschule.  
Todesfälle. Elsa Benz, 17 J. alt, Dienstmädchen. Ludovik Blind, 75 J. alt, Witwe von Joh. Blind, Schlosser. Barbara Wehringer, Schneider. Elisabeth Endres, 70 J. alt, Witwe, von Carl Endres, Schuhmacher. Karl Lauterwasser, Labemmeister, Ehemann, 44 Jahre alt, Elisabeth Fie, 69 J. alt, Witwe von Josef Fie, Ratjchreiber.